Genshagener Papiere

N° 34

November 2026

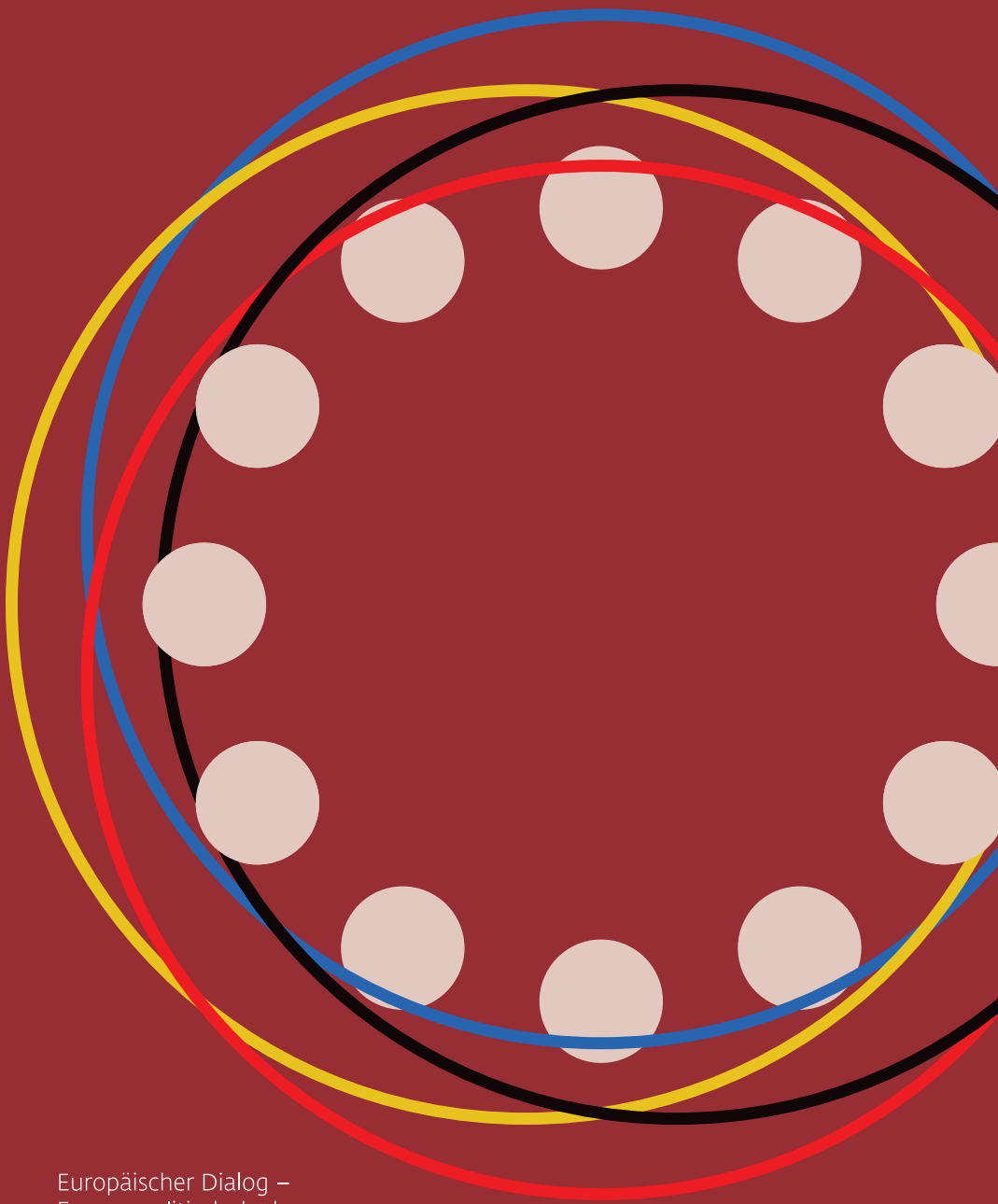
Tobias Koepf

Martin Koopmann

Guillaume Ohleyer (Hrsg.)

# Was wäre wenn? RN, AfD und die deutsch-französischen Beziehungen

## Schlussbericht der deutsch-französischen Arbeitsgruppe



Stiftung Genshagen

Europäischer Dialog –
Europa politisch denken

# Inhaltsverzeichnis

**Zusammenfassung** ..... **4**

**1. Einleitung** ..... **6**

**2. Wo stehen die deutsch-französischen Beziehungen heute? Ziele, Herausforderungen und institutionelle Strukturen** ..... **9**

**3. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit im deutsch-französischen Mehrebenen-System**
3.1 Kooperationsmechanismen zwischen Deutschland und Frankreich auf nationaler Ebene ..... **14**
3.2 Subnationale und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ..... **19**

**4. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit in ausgewählten Politikbereichen**
4.1 Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ..... **25**
4.2 Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Energie und Klima ..... **30**

**5. Ausblick: Gefahr der Erosion des Fundaments der deutsch-französischen Freundschaft** ..... **36**

**Die Mitglieder der Arbeitsgruppe** ..... **39**

**Über die Stiftung Genshagen** ..... **40**

**Impressum** ..... **45**

# Zusammenfassung

Der Rassemblement National (RN) und die Alternative für Deutschland (AfD) gewinnen in Deutschland und Frankreich zunehmend an politischem Einfluss. Nach den Erfolgen von Rechtsaußen-Parteien in anderen europäischen Staaten rückt damit auch in diesen beiden Ländern die Regierungsbeteiligung einer Partei aus diesem Spektrum in den Bereich des Möglichen. Nicht nur auf die Innen- und Außenpolitik Deutschlands und Frankreichs, auch auf die deutsch-französischen Beziehungen hätte dies erhebliche Auswirkungen. Zur Evaluierung der möglichen Folgen einer Regierungsbeteiligung von RN und/oder AfD für die deutsch-französische Zusammenarbeit setzte die Stiftung Genshagen eine Arbeitsgruppe von 14 Expert*innen aus Frankreich und Deutschland ein, die zentrale Felder und Strukturen der deutsch-französischen Beziehungen untersuchte. Dabei wurden folgenden Schlüsse gezogen:

- Eine Regierungsbeteiligung von Rechtsaußen-Parteien in Deutschland und/oder Frankreich würde den Acquis der Zusammenarbeit, der auf dem Elysée-Vertrag von 1963 sowie dem 2019 unterzeichneten Aachener Vertrag gründet, in zentralen Punkten in Frage stellen. Die Folge wäre eine schrittweise funktionale Schwächung und Entkernung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Formal würden **die bestehenden Kooperationsmechanismen auf nationaler Ebene** voraussichtlich bestehen bleiben, da beide Parteien ein Interesse daran haben dürften, die völkerrechtlich komplexe Aufkündigung der bestehenden Verträge zu vermeiden. Bei Formaten wie dem Deutsch-Französischen Ministerrat und der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV) ist jedoch davon auszugehen, dass sie an Bedeutung einbüßten. Der seit langem etablierte Beamtenaustausch könnte ebenfalls leiden, da er Vertrauen zwischen den Regierungsakteuren voraussetzt.
- Besonders die **zivilgesellschaftliche und sub-nationale Zusammenarbeit** dürfte deutlich geschwächt werden. Kürzungen von Fördermitteln und/oder stärkere politische Einflussnahme würden sich negativ auf ihre Aktivitäten auswirken. In den Fokus beider Parteien dürften dabei insbesondere der Forschungs-, Jugend- und Medienbereich geraten. Von der sub-staatlichen Ebene der Zusammenarbeit könnte aber auch eine Gegenbewegung ausgehen: Viele Städte- und Regionalpartnerschaften sind über die Jahre ebenso gewachsen wie die persönlichen Beziehungen zwischen beiden Seiten. Sie könnten, sofern sie nicht ebenfalls von den Rechtsaußen-Parteien dominiert werden, einer Einflussnahme durch den RN und die AfD widerstehen und die deutsch-französischen Beziehungen stabilisieren.
- In der **Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik** müsste mit einem deutlichen Vertrauensverlust gerechnet werden. Schon in den letzten Jahren deutete sich an, dass Deutschland und Frankreich trotz aller krisenbedingten Notwendigkeiten nur bedingt gemeinsam handlungsfähig sind. Dieser Trend würde sich bei einer Regierungsbeteiligung von RN oder AfD vermutlich deutlich beschleunigen. In der Rüstungspolitik hätten gemeinsame Projekte kaum noch eine Zukunft, und auch in der NATO-Politik steckt erhebliches Konfliktpotenzial. Der Prozess der Herausbildung einer stärkeren „strategischen Souveränität“ Europas käme voraussichtlich zum Erliegen. Die Unterstützung der Ukraine sowie deren Annäherung an die EU gerieten ernsthaft in Gefahr, und eine Wiederannäherung an Russland würde wahrscheinlicher.
- In den **Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Energie und Klima** ist davon auszugehen, dass der bilaterale Austausch an Intensität verlöre. Dies betrifft vor allem die politisch getragenen Formen der Zu-

sammenarbeit, etwa auf dem Feld der erneuerbaren Energien. Zudem könnte die Unsicherheit, die eine Regierungsbeteiligung von Rechtsaußen voraussichtlich mit sich bringen würde, das Investitionsklima so eintrüben, dass auch privatwirtschaftliche Investitions- und Kooperationsentscheidungen aufgeschoben würden. Besondere Bedeutung für das Gesamtklima der deutsch-französischen Beziehungen kommt im Falle einer Regierungsbeteiligung von Rechtsaußen der Frage zu, wie die Regierungen beider Länder mit ihren begrenzten fiskalischen Handlungsräumen und insbesondere mit Frankreichs hoher Staatsverschuldung umgehen. Wenn nicht beide Seiten mit viel Weitblick und Augenmaß vorgehen, besteht aufgrund der starken Interdependenzen innerhalb der Währungsunion erhebliches Konfliktpotenzial. Dies gälte unabhängig davon, ob Rechtsaußen-Parteien nur in einem oder in beiden Ländern Teil der Regierung sind.

- Nicht nur die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen wären von einer Rechtsaußen-Regierungsbeteiligung erheblich betroffen. Auch in Bezug auf **Europa** könnte der deutsch-französische Motor zum Erliegen kommen. RN und AfD lehnen mit ihrer Vorstellung eines „Europas der souveränen Nationen“ den europäischen Integrationsprozess in seiner bisherigen Logik ab. Beide sind für geringere Beitragszahlungen an die EU, gegen gemeinsame Verschuldung und Besteuerung sowie für eine Rückführung von Kompetenzen auf die nationale Ebene. Auch wenn punktuelle deutsch-französische Impulse zu europäischen Reformprojekten (etwa Bürokratieabbau) vorstellbar bleiben, wird es keine deutsch-französischen Initiativen zur Weiterentwicklung in Kernbereichen einst nationalstaatlicher Souveränität geben. Das gilt für den Verteidigungsbereich ebenso wie für den Kapitalmarkt, den EU-Haushalt, die Klima- und Energiepolitik oder auch die Erweiterungspolitik.

Die deutsch-französischen Beziehungen sind bereits unter den aktuell regierenden Akteuren keineswegs immer reibungslos. Bei einer Regierungsbeteiligung von RN und/oder AfD ist jedoch davon auszugehen, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler als auch auf europäischer Ebene erheblich beeinträchtigt wird. Dies ist angesichts der innen- und außenpolitischen Herausforderungen, mit denen sich Deutschland und Frankreich konfrontiert sehen, ein problematisches Szenario. Langfristig kann eine solche Regierungsbeteiligung diesseits und/oder jenseits des Rheins noch viel tiefgreifendere Folgen haben. Das Vertrauen, das die deutsch-französischen Beziehungen heute trotz aller politischen Differenzen trägt, musste über Jahrzehnte erarbeitet werden. Wenn die bestehenden Institutionen ausgehöhlt werden, die Beziehungen nicht mehr von denselben europapolitischen Zielen und europäischen Werten getragen werden und die Akteure auf beiden Seiten nicht mehr regelmäßig miteinander sprechen, besteht die Gefahr, dass das Fundament der deutsch-französischen Freundschaft erodiert.

# 1. Einleitung

Die Auflösung der französischen Nationalversammlung durch Präsident Emmanuel Macron und die Parlamentswahlen im Sommer 2024 führten zu einer in der Fünften Republik bislang beispiellosen Konstellation: Der Rassemblement National (RN) ging mit 32,05 % der Stimmen erstmals als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervor. Nur wenige Monate später, im Februar 2025, errang die Alternative für Deutschland (AfD) bei den ebenfalls vorgezogenen Bundestagswahlen ein Rekordergebnis von 20,8 % der Stimmen. Beide Parteien erzielen auch auf regionaler und kommunaler Ebene Wahlerfolge und gewinnen zunehmend an politischem Einfluss, etwa durch ihre starke Präsenz in parlamentarischen Ausschüssen und die wachsende Bedeutung ihrer Kernthemen im politischen Diskurs. In aktuellen Umfragen (Stand: Juni 2026) erreichen beide Parteien auf nationaler Ebene weiter steigende Werte (RN zwischen 32 % und 35 %[1]; AfD zwischen 26 % und 29 %)[2].

Nach den Erfolgen von Rechtsaußen-Parteien[3] in anderen europäischen Ländern rückt damit auch in Deutschland und Frankreich die Regierungsbeteiligung einer Partei aus diesem Spektrum in den Bereich des Möglichen. Daraus lässt sich allerdings nicht schließen, dass es in den kommenden Jahren unausweichlich zu einem solchen Erfolg von AfD oder RN kommen muss. Angesichts der steigenden Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios ist jedoch eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den Anliegen und Strategien dieser Parteien geboten.

Neben erheblichen Auswirkungen auf die Innenpolitik sind im Falle einer Regierungsbeteiligung einer der beiden Parteien zweifellos auch Konsequenzen für die Außen- und Europapolitik Deutschlands und Frankreichs zu erwarten. Betroffen wären in einem solchen Fall auch die deutsch-französischen Beziehungen, die seit dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich von proeuropäischen Regierungen der politischen Mitte aufgebaut und weiterentwickelt wurden. Als zentraler Triebkraft der europäischen Integration kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung für die politische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union (EU) zu. Die deutsch-französischen Verträge (Élysée-Vertrag, 1963, und Aachener Vertrag, 2019) und Kooperationsmechanismen wurden bewusst so angelegt, dass sie unterschiedliche parteipolitische Konstellationen und zeitweilige politische Spannungen überdauern können. Sie beruhen jedoch implizit auf der Annahme, dass in beiden Staaten EU-integrationsfreundliche Kräfte die Regierungsverantwortung tragen. Diese Voraussetzung könnte durch eine Regierungsbeteiligung von Rechtsaußen-Parteien infrage gestellt werden.

Zur Evaluierung der möglichen Folgen einer Regierungsbeteiligung von RN und/oder AfD für die deutsch-französische Zusammenarbeit rief die Stiftung Genshagen im September 2025 eine Arbeitsgruppe von 14 Expert*innen aus Frankreich und Deutschland (siehe die Liste der Mitglieder auf S. 39) ins Leben, die in einem mehrstufigen Arbeitsprozess zentrale Felder und Strukturen der deutsch-französischen Beziehungen untersuchte. Die vorliegende Studie präsentiert die Ergebnisse dieser Arbeiten. Sie wurde von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe gemeinsam verfasst.

**1** Ipsos, Présidentielle 2027: les candidats du Rassemblement National largement en tête au premier tour, https://www.ipsos.com/fr-fr/presidentielle-2027-les-candidats-du-rassemblement-national-largement-en-tete-au-premier-tour , zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**2** Wahlrecht, Sonntagsfrage Bundestagswahl, https://www.wahlrecht.de/umfragen/, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**3** Als Sammelbegriff für die beiden Parteien RN und AfD wird in dieser Studie der Begriff „Rechtsaußen-Parteien" genutzt. Dies spiegelt den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Diskussion wider, in der v. a. der englische Begriff *far right* Anwendung findet. Der Begriff lässt sich nicht gut ins Deutsche übersetzen. In den vergangenen Jahren hat sich in der deutschen Debatte jedoch zunehmend der Begriff „Rechtsaußen" etabliert. Siehe z. B. Manès Weisskircher, The far right today (Rezension), in: Totalitarismus und Demokratie – Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, Vol. 17 (2020), Nr. 1, S. 121–123.

## Gemeinsamkeiten und Unterschiede der untersuchten Parteien

Die ideologischen Grundzüge von RN und AfD lassen sich gemäß dem niederländischen Forscher Cas Mudde durch die Verbindung von Nativismus, Autoritarismus und Populismus beschreiben.[4] Beide Parteien betonen die Notwendigkeit einer kulturell homogenen Nation und grenzen bestimmte Gruppen, insbesondere Migrant*innen, als Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Beide vertreten ein autoritäres Gesellschaftsverständnis, das sich unter anderem in der Infragestellung demokratischer Grundwerte und Institutionen äußert. Sie bedienen sich einer populistischen Kommunikations- und Mobilisierungsstrategie, die auf der Gegenüberstellung von „Volk" und „Elite" basiert und komplexe politische Sachverhalte zugunsten zugespitzter Narrative vereinfacht.

Neben diesen Gemeinsamkeiten sind RN und AfD in wesentlichen Punkten von Unterschieden geprägt, sowohl hinsichtlich ihrer Einbettung im deutschen bzw. französischen politischen System als auch mit Blick auf ihre historische Entwicklung. Während der einst als Front National (FN) gegründete RN schon seit mehr als einem halben Jahrhundert Teil des politischen Systems Frankreichs ist und gerade auf kommunaler Ebene Regierungserfahrung hat, blickt die 2013 gegründete AfD auf eine noch junge Geschichte zurück. Dennoch hat sie sich mittlerweile in ganz Deutschland etabliert und ist derzeit in 15 von 16 Länderparlamenten vertreten. In Sachsen-Anhalt könnte die Partei nach den Landtagswahlen vom September 2026 erstmals Teil einer Landesregierung werden und sogar den Ministerpräsidenten stellen.[5]

Wichtiger noch sind die Unterschiede in der strategischen Positionierung: Die AfD schlägt einen immer radikaleren Kurs des Anti-Establishments ein, und Teile der Partei sind von völkisch-nationaler Ideologie geprägt. Dagegen verfolgt der RN insbesondere seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Marine Le Pen 2011 und auch unter dem aktuellen Parteichef Jordan Bardella eine Strategie der „Entdämonisierung". Die Partei versucht, ihr öffentliches Erscheinungsbild zu modernisieren und ihre Wählerschaft über das traditionelle rechtsextreme Milieu hinaus zu erweitern. Diese unterschiedlichen Ausrichtungen haben dazu geführt, dass das Verhältnis der beiden Parteien zueinander in den letzten Jahren von deutlichen Differenzen geprägt ist. Aufgrund dessen versucht der RN in jüngster Zeit verstärkt, sich von der radikal auftretenden AfD zu distanzieren.[6]

Die unterschiedlichen strategischen Orientierungen tragen dazu bei, dass der RN heute stärker im politischen Mainstream verankert ist als die AfD, deren Landesverbände vom Verfassungsschutz teilweise als gesichert rechtsextrem eingestuft werden. Zwar sorgte das französische Mehrheitswahlrecht lange dafür, dass der RN trotz seiner wachsenden Stimmenanteile nur in wenigen Fällen in verantwortliche Positionen gelangte. Meist schlossen sich die anderen Parteien in der zweiten Runde der Wahlen zu einer gemeinsamen Front (in Frankreich als *front* oder *barrage républicain* bezeichnet) zusammen, um einen RN-Sieg zu verhindern. In den letzten Jahren hat diese Anti-RN-Front jedoch Risse bekommen. Deutlich wurde dies insbesondere

**4** Cas Mudde, Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press, 2007.

**5** Redaktionsschluss der Studie war der 21.9.2026.

**6** Am deutlichsten wurde dies im Europäischen Parlament rund um die Europawahlen 2024, als der RN maßgeblich dafür sorgte, dass die AfD aufgrund von Äußerungen ihres radikalen Spitzenkandidaten Maximilian Krah zur Verharmlosung des Nationalsozialismus aus der Gruppe „Identität und Demokratie" (ID) ausgeschlossen wurde. Auch in das nach den Wahlen neu gegründete Parteienbündnis „Patrioten für Europa" wurde die AfD auf Drängen des RN hin nicht aufgenommen. Siehe Tagesschau, AfD findet Partner im EU-Parlament, 10.07.2024, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/afd-eu-parlament-fraktion-100.html, zuletzt abgerufen am 16.07.2026.

durch die Annäherung rechtskonservativer Politiker wie z. B. des damaligen Vorsitzenden der Partei Les Républicains, Eric Ciotti, an den RN.

Eine Regierungsbeteiligung der AfD – auf Bundes- wie auf Länderebene – wurde bislang durch die sogenannte „Brandmauer" verhindert: Um Regierungsverantwortung übernehmen zu können, braucht die AfD Koalitionspartner; fast alle weiteren in den Parlamenten vertretenen Parteien haben aber eine solche Zusammenarbeit bisher strikt abgelehnt. Nichtsdestotrotz könnten mehrere Faktoren (z. B. zunehmend gute Wahlergebnisse der AfD oder politische Krisensituationen) in den kommenden Jahren dazu führen, dass die „Brandmauer" bröckelt und die AfD als Koalitionspartner hoffähig wird.

## Vorgehen der Studie und methodischer Ansatz

Theoretisch gibt es mehrere Möglichkeiten, wie der RN und/oder die AfD in Frankreich und Deutschland an einer Regierung beteiligt sein könnten. In der vorliegenden Studie soll es jedoch nicht um konkrete Szenarien gehen, sondern vielmehr um die **Grundvorstellungen der beiden Parteien von den deutsch-französischen Beziehungen** und wie sich diese – erst einmal unabhängig von konkreten Szenarien – auf die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten auswirken könnten.

Die Auswahl der in der vorliegenden Studie untersuchten Bereiche orientiert sich an ihrer Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen. Die Grundlage dafür bietet in Kapitel 2 ein kurzer Überblick über den deutsch-französischen „Acquis". In Kapitel 3 richtet sich der Blick auf das deutsch-französische Mehrebenen-System und die politisch-administrativen Institutionen auf nationaler Ebene, die das Rückgrat der deutsch-französischen Beziehungen bilden (Kapitel 3.1), sowie auf die subnationale Ebene (Regionen/Bundesländer und Kommunen) und die Zivilgesellschaft (inklusive der Themen Jugend und Wissenschaft) (Kapitel 3.2). In Kapitel 4 werden zentrale Politikfelder untersucht. Dazu gehören neben der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Kapitel 4.1) die Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die Energie- und Klimapolitik (Kapitel 4.2). Aufgrund der Fülle der Bereiche und Themen werden in diesen Abschnitten nur einige Beispiele angeführt, die besonders im Fokus der untersuchten Parteien stehen und bei denen größere Veränderungen zu erwarten bzw. nicht auszuschließen sind.

Methodisch geht die Studie qualitativ vergleichend vor. Zurückgegriffen wird auf Primärquellen (Parteiprogramme, Reden politischer Führungspersonen, parlamentarische Dokumente, Hintergrundgespräche) und, soweit vorhanden, wissenschaftliche Literatur und policy-orientierte Analysen. Ziel der Studie ist es, die möglichen Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung von RN oder AfD auf die deutsch-französischen Beziehungen zu analysieren. Geleitet ist die Untersuchung von der Überzeugung der Autor*innen, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit einen herausragenden Stellenwert in der Politik beider Länder haben muss. Dies ergibt sich aus der gemeinsamen Geschichte beider Länder sowie der zentralen Rolle enger deutsch-französischer Beziehungen für ein vereintes, friedliches, demokratisches und handlungsfähiges Europa.

# 2. Wo stehen die deutsch-französischen Beziehungen heute? Ziele, Herausforderungen und institutionelle Strukturen

Die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist ein einzigartiges und schützenswertes Beispiel der Völkerverständigung. Die Aussöhnung zwischen beiden Ländern war der erste Meilenstein für den Beginn der europäischen Integration in den 1950er Jahren. In den von vielfältigen Krisen gezeichneten 1970er Jahren trugen Franzosen und Deutsche maßgeblich zur Vertiefung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft bei. In den 1980er Jahren erlebte dann der deutsch-französische Motor eine Hochphase, die mit der Errichtung des Binnenmarkts, dem Maastrichter Vertrag und der Begründung der Währungsunion ihren Abschluss fand.

Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist die Dynamik der Zusammenarbeit ins Stocken geraten. Deutschland und Frankreich sind weniger als früher in der Lage, das europäische Projekt zu prägen. Dies liegt zum einen an Machtverschiebungen innerhalb der EU, die mit dem Ende der Nachkriegsordnung und der Erweiterung der Union zusammenhängen und die Entscheidungsfindung erschweren. Zum anderen behindern die fortbestehenden Unterschiede in den politischen und wirtschaftlichen Strukturen beider Länder sowie divergierende Prioritäten die bilaterale Zusammenarbeit. Trotz dieser Schwierigkeiten bleibt die deutsch-französische Kooperation ein zentraler Bestimmungsfaktor für den Erfolg der EU, die wiederum für beide Länder von existentieller Bedeutung ist.

## Der „Geist von Toulon“ und die politische Realität 2026

So ist es nicht verwunderlich, dass der politische Wille zur Stärkung der bilateralen Kooperation immer wieder bekräftigt wird, wie zuletzt beim Amtsantritt von Bundeskanzler Friedrich Merz. Im Rahmen des Deutsch-Französischen Ministerrats (DFMR) Ende August 2025 in Toulon versprachen Präsident Macron und Bundeskanzler Merz die Neubelebung der deutsch-französischen Freundschaft. Diese sollte die Grundlage für Entscheidungen zur Verbesserung von Europas Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit sein. Der neue „Geist von Toulon“ soll dazu führen, dass beide Länder ihre Gegensätze, unter anderem in der Energie- oder der Rüstungspolitik, überwinden. Ziel ist es, den großen technologischen, ökonomischen, politischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen und auf diese Weise auch zur Stärkung der EU beizutragen. Allerdings stehen einer konstruktiven Zusammenarbeit weiterhin erhebliche Hindernisse entgegen. Dies zeigte sich am Wiederaufflammen der Debatte über eine gemeinsame europäische Schuldenaufnahme im Februar 2026 ebenso wie am Scheitern der deutsch-französischen Pläne für die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfflugzeuges, Herzstück des gemeinsamen Luftkampfsystems *Future Combat Air System* (FCAS, siehe dazu auch Kapitel 4.1. S. 25) im Juni 2026.

Beide Regierungen stehen nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch unter erheblichem Druck, während das Zeitfenster für eine erfolgreiche Zusammenarbeit möglicherweise begrenzt ist. Präsident Macron ist in seiner zweiten Amtszeit durch die fehlende Regierungsmehrheit in der Assemblée Nationale und die Instabilität der Regierungen in seiner Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Die 2027 anstehenden Präsidentschaftswahlen, bei denen ein Wahlsieg des RN nicht auszuschließen ist, werfen ihre Schatten voraus.

Auf deutscher Seite ist der Erfolg der Koalition aus Christlich Demokratischer Union Deutschlands (CDU)/Christlich-Sozialer Union in Bayern (CSU) und Sozialdemokratischer Partei Deutschlands (SPD) unter Bundeskanzler Merz eine zentrale Voraussetzung zur Eindämmung der AfD. Aus den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt im September 2026 ging die AfD als stärkste politische

Kraft hervor und in Sachsen-Anhalt könnte sie demnächst sogar regieren. Bereits im März 2026 hat die Partei bei den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ihr Ergebnis im Vergleich zu den letzten Wahlen verdoppelt.

## Der „Acquis“: Institutionelle Grundlagen der deutsch-französischen Zusammenarbeit

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden erste Institutionen und Partnerschaften für die bilaterale Aussöhnung. Gekrönt wurde dieser Prozess mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags am 22. Januar 1963. Dieser schuf die Grundlage für ein weltweit einzigartiges Geflecht institutionalisierter Beziehungen auf politisch-administrativer und gesellschaftlicher Ebene. Mit dem Vertrag wurden regelmäßige Konsultationen zwischen den Regierungen, die Zusammenarbeit in der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik sowie die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) festgeschrieben.

Der Vertrag sieht halbjährliche Konsultationen der Staats- und Regierungschefs vor. Zudem wurden vierteljährliche Treffen der Außen- und Verteidigungsminister sowie monatliche Arbeitstreffen leitender Beamter beschlossen. Für Fragen der Kultur und Bildungspolitik wurde auf deutscher Seite der Posten des Bevollmächtigten für kulturelle Angelegenheiten geschaffen. Weitere Gremien wie der Verteidigungs- und Sicherheitsrat, der Finanz- und Wirtschaftsrat sowie der Kulturrat (1988) und der Umweltrat (1989) folgten. 2001 wurde die Kooperation durch den „Blaesheim-Prozess“ mit informellen Gesprächen der Staats- und Regierungschefs und der Außenminister im sechs- bis achtwöchigen Turnus vertieft.

Einen weiteren Schritt gingen Deutschland und Frankreich 2003 mit der Einrichtung regelmäßiger Treffen des DFMR und der Benennung der Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, denen jeweils ein*e Stellvertreter*in aus dem Außenministerium des anderen Landes zur Seite steht. Sie sind für die Koordination der Zusammenarbeit auf Regierungsebene zuständig und können eine vertiefte Einsicht in die Regierungsangelegenheiten des jeweils anderen Landes nehmen.

Die jüngste Ergänzung des Elysée-Vertrags erfolgte mit dem Aachener Vertrag vom 22. Januar 2019, auf den die Parlamente beider Länder wesentlichen Einfluss nahmen. Zusätzlich unterstrichen sie im März 2019 mit einem eigenen Abkommen die gewachsene Bedeutung der parlamentarischen Zusammenarbeit. Über den Ausbau bestehender Mechanismen hinaus schuf der Aachener Vertrag einen Rahmen für die Vertiefung der europapolitischen Kooperation sowie für die Zusammenarbeit auf subnationaler Ebene. Der gewachsenen Vielfalt der Akteure auf kommunaler und regionaler Ebene wurde ebenso Rechnung getragen wie der zunehmenden Bedeutung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Die im Aachener Vertrag vorgesehene und im Januar 2020 erfolgte Gründung des Ausschusses für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) entspricht der großen Intensität und den Herausforderungen für die Kooperation in den Grenzregionen.

## Funktionsfähigkeit und administrative Verflechtung

Für den Erfolg der bilateralen Zusammenarbeit ist nicht allein die Quantität der vielfältigen deutsch-französischen Institutionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entscheidend, sondern auch deren Funktionsfähigkeit. Die Stabilität der Systeme hängt von ihrer Reformfähigkeit ab, weshalb eine kritische Überprüfung der Institutionen eine ständige Aufgabe darstellt.

Im administrativen Bereich sind der weit entwickelte Beamtenaustausch und gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen wie der berufsbegleitende Studiengang „Master of European Governance and Administration“ (MEGA) für Führungskräfte hervorzuheben. Diese Formate bieten tiefe Einblicke in die Entscheidungsabläufe der jeweils anderen Administration. Im Legislativbereich sind die Parlamentarische Versammlung (seit 2019) und die Freundschaftsgruppe von Bundesrat und Senat (seit 1996) zu nennen. Die Interaktion zwischen den Parteien ist jedoch weniger eng, als wünschenswert wäre. Dies ist neben divergierenden programmatischen Orientierungen auch auf die unterschiedlichen Rollen der Parteien in den politischen Systemen zurückzuführen.

Im Bereich der Wirtschaft bestehen vielfältige institutionelle Bindungen: Neben den Industrie- und Handelskammern (seit 1955 bzw. 1957) fördern die Evian-Treffen deutscher und französischer Großunternehmen seit 1992 sowie zahlreiche deutsch-französische Wirtschaftsclubs wie der Club Economique Franco-Allemand (CEFA, 2005), der Deutsch-Französische Wirtschaftskreis e. V. in Berlin (2012) und das Wirtschaftsforum (2014) oder auch regionale Wirtschafts-Netzwerke wie z. B. das Réseau d’Affaires Franco-Allemand du Languedoc (RAFAL, 2021) den Austausch. Ergänzt wird dies durch das Deutsch-Französische Büro für die Energiewende (DFBEW, 2006).

Seit 2020 intensivieren beide Länder ihre Zusammenarbeit im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) und anderen Bereichen der Spitzentechnologie (Quantencomputing, Verteidigungstechnologien, Industrie 4.0) über das Deutsch-französische Forschungs- und Innovationsnetzwerk. Im Juni 2026 unterzeichneten die beiden führenden KI-Forschungseinrichtungen in Deutschland und Frankreich, das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) und das Institut national de recherche en informatique et en automatique (Inria), eine Vereinbarung zur Gründung eines deutsch-französischen Zentrums für künstliche Intelligenz.[7]

## Zivilgesellschaft, Bildung und Medien

Die tiefen institutionellen Verflechtungen der Zivilgesellschaften haben sich über politische Krisen hinweg als tragfähige Basis der deutsch-französischen Beziehungen erwiesen. Das DFJW hat seit 1963 über zehn Millionen Jugendlichen Begegnungen ermöglicht.[8] Mit Sonderzahlungen (1,6 Mio. € 2025; 1,331 Mio. € 2026) unterstreicht die Bundesregierung ihr Bestreben, diesen Austausch zu sichern.[9] Die Deutsch-Französische Hochschule (DFH, seit 1997) hat ein Netzwerk geschaffen, über das im Jahr 2024 rund 6.000 Studierende an binationalen Studiengängen teilnahmen.[10] Darüber hinaus existieren fast 3.000 weitere Hochschulkooperationen außerhalb des DFH-Netzwerks sowie das Austauschprogramm Pro-Tandem für die Berufs- und Weiterbildung (seit 1980).[11] Schließlich gibt es einen regen Austausch im Bereich der Forschung – angefangen von den Förderprogrammen der Agence Nationale de la Recherche (ANR) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) über gemeinsame Projekte im

**7** Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), Meilenstein für Europas digitale Souveränität: DFKI und Inria gründen deutsch-französisches Zentrum für KI, https://www.dfki.de/web/news/meilenstein-fuer-europas-digitale-souveraenitaet-dfki-und-inria-gruenden-deutsch-franzoesisches-zentrum-fuer-ki, zuletzt abgerufen am 16.07.2026.

**8** Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW), Was ist das Deutsch-Französische Jugendwerk?, https://www.dfjw.org/institution, zuletzt abgerufen am 16.07.2026.

**9** Deutsch-Französisches Jugendwerk, Sonderzahlungen der Bundesregierung für das DFJW, https://www.dfjw.org/meldung/sonderzahlungen-der-bundesregierung-fuer-das-dfjw, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

**10** Deutsch-Französische Hochschule, Was ist die DFH?, https://www.dfh-ufa.org, zuletzt abgerufen am 16.07.2026.

**11** Deutsch-französisches Portal / Portail franco-allemand, Bildung, https://france-allemagne.fr/de/kultur-bildung-wissenschaft/bildung-wissenschaft/bildung, zuletzt abgerufen am 16.07.2026.

europäischen Kontext und direkte Kontakte von Hochschuleinrichtungen bis zu vielfältigen gemeinsamen Forschungsvorhaben in der Raumfahrt und bei neuen Technologien (KI, Kernfusion, Wasserstoff und Batterien).

Ein Leuchtturm deutsch-französischer Kooperation ist der Kulturkanal ARTE (seit 1990), der die Schaffung einer europäischen Medienöffentlichkeit und die Stärkung des europäischen Bewusstseins zum Ziel hat. Nach den jüngsten Beschlüssen von Toulon soll ARTE zu einer europäischen Medienplattform ausgebaut werden. Ein traditionsreiches weiteres Instrument zur Stärkung des Qualitätsjournalismus in Europa ist der Deutsch-Französische Journalistenpreis, der seit 1983 in verschiedenen Sparten verliehen wird und herausragende Berichterstattung zu deutsch-französischen und europäischen Themen auszeichnet.

Schließlich sind 2.200 Städtepartnerschaften, zahlreiche Deutsch-Französische Gesellschaften sowie enge Verbindungen zwischen Regionen, Bundesländern und Kreisen zu nennen. Der Aachener Vertrag trug der großen Bedeutung zivilgesellschaftlicher Bindungen durch die Gründung des Deutsch-Französischen Bürgerfonds Rechnung, der Projekte der Zivilgesellschaft unterstützt und finanziert. Im Jahr 2025 verfügte der Fonds über ein Budget von fünf Mio. Euro.[12]

## Fazit

Über so vielfältige und zahlreiche Strukturen und Institutionen wie Deutschland und Frankreich verfügt vermutlich kein anderes Länderpaar in Europa und der Welt. Sie sind Ausdruck einer von Gesellschaft und Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs getragenen Überzeugung, dass die enge Zusammenarbeit im obersten Interesse beider Länder und darüber hinaus Europas liegt. Und doch gibt es für sie keine Bestandsgarantie: Sollte wachsendes Desinteresse am Partnerland in einem komplizierten europäischen Umfeld auf den zunehmenden Einfluss populistischer und nationalistischer Kräfte in der Politik treffen, dann könnten auch die scheinbar so robusten deutsch-französischen Beziehungen nachhaltig Schaden nehmen.

Auch wenn die völkerrechtlichen Verträge weiterbestehen, kann es durch die Neubesetzung von Schlüsselpositionen und die Kürzung finanzieller Mittel zu einer nachhaltigen Schwächung und Gefährdung der deutsch-französischen Zusammenarbeit kommen. Überdies bietet die Vielfalt der zivilgesellschaftlichen und kulturellen Einrichtungen deutsch-französischer Zusammenarbeit diverse Möglichkeiten der Unterwanderung und Vereinnahmung durch nationalistische und europakritische Kräfte.

**12** Deutsch-Französischer Bürgerfonds, Bürgerfonds erhält Budgetverdopplung, 22.06.2022, https://www.buergerfonds.eu/aktuelles/buergerfonds-erhaelt-budgetverdopplung-931, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

Eine besondere Bedeutung für den Erhalt der Demokratie haben Medien, Kultur und Wissenschaft. Generell gibt es bereits in anderen Ländern genügend Anschauungsmaterial für die Abschottung kultureller Räume durch Einschränkungen des für das Funktionieren der Demokratie so wichtigen Medienpluralismus und der journalistischen Freiheit sowie für die Beschränkung der Freiheit der Wissenschaft und des für die Wissenschaft zentralen internationalen Austauschs. Auch die deutsch-französischen Institutionen sind vor solchen Entwicklungen nicht prinzipiell geschützt.

Besonders empfindlich für autoritären Druck sind die öffentlich-rechtlichen Medien, weil sie zur Erfüllung ihres Informationsauftrags auf staatliche oder staatlich geregelte Finanzierung angewiesen sind. Auch aus diesem Grund beobachten die öffentlich-rechtlichen Medien mit Sorge den wachsenden Einfluss nationalistischer Kräfte. Finanzierung und Organisation der öffentlichen Medien liegen auf deutscher Seite in der Hand der Länder, die derzeit einen langwierigen Streit über den Rundfunkbeitrag führen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Streit steht noch aus. Auf französischer Seite wurde das Finanzierungssystem der öffentlichen Medien durch die Übertragung der Entscheidungsbefugnis über die Gebühren auf das Parlament politisiert. Somit könnte eine Rechtsaußen-Parlamentsmehrheit den Handlungsspielraum der öffentlichen Medien erheblich einschränken.

Angesichts der für ARTE und andere kulturelle oder wissenschaftliche Einrichtungen (z. B. die DFH) geltenden Regel einer jeweils 50 % umfassenden Finanzierung von deutscher und französischer Seite hätte eine einseitige Kürzung der Finanzmittel auch Einschnitte beim Partner zur Folge. Allerdings nimmt ARTE als europäischer Sender eine Sonderstellung ein, die einen Schutz vor allzu scharfer Kritik und Einschränkung darstellt. Dies zeigt, dass die Europäisierung nicht nur im Bereich der Medien, sondern auch in anderen Bereichen des kulturellen und zivilgesellschaftlichen Austauschs einen gewissen Schutz vor Übergriffen im nationalen Rahmen darstellen kann.

# 3. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit im deutsch-französischen Mehrebenen-System

## 3.1 Kooperationsmechanismen zwischen Deutschland und Frankreich auf nationaler Ebene

Die deutsch-französischen Beziehungen sind, wie im vorangegangenen Kapitel deutlich wurde, durch ein dichtes Netz von Kooperationsmechanismen und Institutionen geprägt, die sich auf zwei völkerrechtliche Verträge stützen. Diese fördern enge politische Abstimmung, strukturelle Verknüpfung und frühzeitige Konfliktlösung. Vor diesem Hintergrund ist es relevant zu untersuchen, wie der RN und die AfD diese Instrumente der Kooperation bewerten.

Im Zentrum steht der Aachener Vertrag als jüngster und zentraler Bezugspunkt der Zusammenarbeit. Ergänzend werden der DFMR und der Beamtenaustausch betrachtet. Beide ermöglichen die direkte Abstimmung zwischen den Regierungen. Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (DFPV) ist für die vorliegende Analyse besonders interessant, weil RN und AfD hier bereits miteinander und mit anderen Parteien aus dem Partnerland interagieren, wenn auch bisher ohne Regierungsverantwortung. Die Auswahl der drei Kooperationsinstrumente bildet zentrale Dimensionen ab: vertragliche Grundlagen, exekutive Koordination und parlamentarische Kooperation.

### Aachener Vertrag

#### Ansätze des RN und der AfD

Die Position des RN zum Aachener Vertrag muss anhand von Stellungnahmen zentraler Persönlichkeiten aus der Partei evaluiert werden, da die Partei 2019 weder im Senat noch im Auswärtigen Ausschuss der Assemblée Nationale vertreten war und sich deswegen kaum parlamentarische Quellen finden lassen.[13] Führende RN-Vertreter*innen wie Marine Le Pen und Jordan Bardella kritisierten den Vertrag vor allem medial als „globalistisch“ und „europäistisch“[14] und stellten seinen Nutzen infrage[15]. Nach Auffassung von Marine Le Pen begünstigt er eine Deregulierung zulasten französischer Arbeitnehmer und führt zu einem Verlust nationaler Souveränität, insbesondere in der Außen- und Verteidigungspolitik.

Darüber hinaus betrachtet Le Pen die im Vertrag vorgesehene Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Skepsis. Institutionelle Neuerungen wie die Gründung des Ausschusses für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit könnten aus ihrer Sicht den deutschen Einfluss – insbesondere im Elsass – stärken. Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass der RN bislang nicht im AGZ vertreten ist. Die französischen Mitglieder werden dort nach geografischer Nähe ihrer Wahlkreise zur Grenze und nicht nach Fraktionsstärke wie in Deutschland bestimmt. Perspektivisch könnten territoriale Reformen – insbesondere eine mögliche Herauslösung des Elsass aus der Region Grand Est, die der RN derzeit unterstützt – Auswirkungen auf die institutionelle Zusammensetzung des AGZ haben.

**13** Für die relevanten Debatten (ohne RN-Beteiligung) siehe Assemblée nationale, Compte rendu de la première séance du jeudi 03 octobre 2019, https://www.assemblee-nationale.fr/dyn/15/comptes-rendus/seance/session-ordinaire-de-2019-2020/premiere-seance-du-jeudi-03-octobre-2019, zuletzt abgerufen am 17.07.2026; Assemblée nationale, Compte rendu de la Commission des affaires étrangères – Examen et vote sur le projet de loi autorisant la ratification du traité franco-allemand de coopération et d'intégration (n° 2113), séance du mercredi 17 juillet 2019, https://www.assemblee-nationale.fr/dyn/15/comptes-rendus/cion_afetr/l15cion_afetr1819080_compte-rendu.pdf, zuletzt abgerufen am 17.07.2026; Sénat français, Séance publique du mercredi 3 juillet 2019 (après-midi), https://videos.senat.fr/video.1247982_5d1c95941f0b4.seance-publique-du-3-juillet-2019-apres-midi, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

**14** Offizieller YouTube-Kanal von Marine Le Pen, https://www.youtube.com/watch?v=Dy9bv9VIfUA, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

**15** Siehe auch Jordan Bardella, Interview auf franceinfo, 24. Januar 2019, https://www.dailymotion.com/video/x7178ky, zuletzt abgerufen am 17.07.2026 (nur in Frankreich verfügbar).

Auf deutscher Seite manifestierte sich die Kritik am Aachener Vertrag vor allem parlamentarisch. Der Bundestagsabgeordnete Norbert Kleinwächter kritisierte z. B. die militärische Beistandsklausel des Vertrags, die über die Regelungen von NATO und EU hinausgehe und Deutschland zu weitreichender Unterstützung Frankreichs verpflichten könne.[16] Zudem stellte die AfD den Nutzen des Deutsch-Französischen Bürgerfonds und anderer neu geschaffener Instrumente infrage und kritisierte den vorgesehenen Umbau der Volkswirtschaften zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung, globaler Gesundheit sowie von Umwelt- und Klimaschutz[17] als demokratisch nicht ausreichend legitimiert.

Im Bundestag stimmte die AfD-Fraktion gegen das Umsetzungsgesetz und forderte eine Überprüfung zentraler Vertragsbestandteile. Auch die damaligen Parteivorsitzenden Alice Weidel und Alexander Gauland kritisierten eine aus ihrer Sicht einseitige Bindung Deutschlands an Frankreich zulasten anderer EU-Staaten.[18]

Diese Position hat bis heute Bestand. In einer Bundestagsrede zum fünften Jahrestag des Vertrags im Januar 2024 zeichnete Kleinwächter das Bild einer trotz institutioneller Vertiefung konfliktbeladenen Partnerschaft und verwies auf Defizite in der Energie- und Polizeikooperation sowie beim Sprachenlernen.[19] Eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion Anfang 2026 griff vor allem Kosten-Nutzen-Aspekte der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf.[20]

**16** Deutscher Bundestag 2019, 115. Sitzung, Plenarprotokoll 19/115, S. 14175 ff., https://dserver.bundestag.de/btp/19/19115.pdf, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.
**17** Vgl. Artikel 18 des Aachener Vertrags.
**18** Alice Weidel und Alexander Gauland, Der deutsch-französische Aachener Vertrag entfremdet uns von anderen Europäern, https://www.afd.de/weidel-gauland-der-deutsch-franzoesische-aachener-vertrag-entfremdet-uns-von-anderen-europaeern/, 22. Januar 2019, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.
**19** Deutscher Bundestag, Rede von Norbert Kleinwächter (AfD), in: 147. Sitzung, Plenarprotokoll 20/147, 18. Januar 2024, S. 18644–18646, https://dserver.bundestag.de/btp/20/20147.pdf, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.
**20** Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage der Fraktion der AfD, Drucksache 21/3677, 15. Januar 2026, https://dserver.bundestag.de/btd/21/036/2103677.pdf, zuletzt abgerufen am 16.07.2026.

Anders als der RN ist die AfD seit 2025 im AGZ vertreten. Ihr Bundestagsabgeordneter tritt dort bislang zurückhaltend und regierungskritisch auf, ohne erkennbare Bemühungen, die Arbeit des Gremiums aktiv mitzugestalten.[21] Insgesamt scheint der AGZ angesichts seiner überwiegend koordinierenden Funktion und unverbindlichen Beschlüsse bislang keine für die AfD relevante Institution darzustellen.

## Mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Der Aachener Vertrag ist völkerrechtlich bindend, entfaltet seine Wirkung jedoch vor allem politisch und programmatisch. Seine Umsetzung beruht weniger auf juristisch einklagbaren Mechanismen als auf politischem Willen, institutioneller Kooperation und gemeinsamen Programmen. Vor diesem Hintergrund ist die Kritik von AfD und RN politisch relevant. Beide Parteien warnen davor, dass der Vertrag zur Aushöhlung nationaler Souveränität führen könnte. Insbesondere kritisieren sie die finanziellen und institutionellen Aspekte der Zusammenarbeit. Eine formelle Aufkündigung erscheint zwar unwahrscheinlich, da der Vertrag nur in beidseitigem Einvernehmen oder bei schweren Vertragsverletzungen einer Seite gekündigt werden kann. Einzelne Instrumente könnten jedoch geschwächt werden, etwa durch Haushaltskürzungen oder parlamentarische Überprüfungen. Besonders betroffen wären voraussichtlich Programme wie der Deutsch-Französische Bürgerfonds. Insgesamt erscheint daher ein Szenario plausibel, in dem der Vertrag formal bestehen bleibt, praktische Kooperationsinstrumente jedoch beschnitten werden.

Im AGZ stellt sich die Situation etwas anders dar. Vor dem Hintergrund der bereits bestehenden Koordinationsprobleme des Gremiums – etwa durch die große

**21** Entsprechend äußerte sich ein Mitglied des Ausschusses in einem anonymen Hintergrundgespräch.

Anzahl sich überschneidender regionaler Strukturen – und des mäßigen Interesses beider Parteien daran scheint es unwahrscheinlich, dass die beiden Parteien sich stärker in dem Gremium engagieren als bisher.

## Deutsch-Französischer Ministerrat (DFMR) und Beamtenkooperation

Die enge Verzahnung der beiden Exekutiven durch den DFMR und die Beamtenkooperation soll die Abstimmung zwischen den zwei größten EU-Mitgliedstaaten verbessern, Konflikte auflösen und Initiativen für den europäischen Integrationsprozess hervorbringen.

Ob und zu welchem Zeitpunkt ein DFMR stattfindet, hängt von der politischen Agenda der Regierungen in Deutschland und Frankreich ab. Anders als ursprünglich geplant, tagt der Rat in der Praxis aber seltener als zweimal im Jahr. Das liegt zum einen daran, dass durch die Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union bereits ein enger und regelmäßiger Kontakt besteht. Zum anderen muss sich der DFMR der Kritik aussetzen, dass die Treffen der gesamten Ministerriege zum Teil nur symbolischen Charakter haben. Sie binden viele Ressourcen, senden aber kaum Impulse für die gemeinsame Politikgestaltung.

Die Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene ist weniger von der politischen Aktualität beeinflusst. Die Vielfalt der Kooperations- und Austauschformate reicht von persönlichen bilateralen Kontakten über gemeinsame Arbeitsgruppen bis hin zur Entsendung von Verbindungsbeamten. Ein großer Vertrauensbeweis in der bilateralen Kooperation ist der Beamtenaustausch, in dessen Rahmen französische Beamt*innen etwa ein Jahr lang in einem deutschen Ministerium arbeiten und umgekehrt. Die Gewährung von Einblicken in die inneren Abläufe und der Zugang zu internen Informationen im Partnerministerium erfordert Vertrauen. Zahlreiche Ressorts nehmen an dem Austausch teil. Besonders eng ist der Kontakt zwischen den Außen- und Finanzministerien. Im Ergebnis schafft die Vernetzung der Beamten nicht nur Wissen über die Entscheidungswege im Partnerland, sondern auch direkte und dauerhafte Kontakte, die helfen, im Gespräch zu bleiben und Konflikte zu überwinden, wenn es zwischen den Regierungen hakt.

### Ansätze des RN und der AfD und mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Weder der RN noch die AfD haben sich bisher zum DFMR oder der Beamtenkooperation geäußert, sodass hier keine direkten Schlüsse gezogen werden können. Allerdings ist zu erwarten, dass die Kooperation zwischen den Exekutiven im Falle einer Regierungsbeteiligung einer der beiden Parteien stärker anlassbezogen, selektiver und insgesamt instabiler sein wird. Grund dafür ist, dass beide Parteien dem Multilateralismus und seinen internationalen Strukturen skeptisch gegenüberstehen. Sie verfolgen eine strikt auf die nationale Souveränität ausgerichtete Außenpolitik.

Es ist anzunehmen, dass Ministerräte weiterhin stattfinden, wenn sie der politischen Agenda beider Regierungen nutzen. Der hohe Institutionalisierungsgrad in den bilateralen Beziehungen, die gemeinsame Abhängigkeit im EU-Rahmen, die starke wirtschaftliche Interdependenz und der zunehmende geopolitische Druck erfordern eine Mindestabstimmung der Exekutiven. Hauptbelastung für die Kooperation wären – falls eine Rechtsaußen-Regierung in einem Land mit einer Regierung der politischen Mitte im anderen Land zusammenarbeitet – die der Nationalpopulismus und die ideologischen Unterschiede zwischen den beiden Ländern, die zu rhetorischen Konflikten und zur Abgrenzung vom Partnerland führen könnten.

Bestimmte Kooperationsroutinen auf exekutiver Ebene könnten zumindest anfänglich zu einer Annäherung beitragen. Gewohnheitspflichten wie die, dass der erste Besuch des/der neugewählten Regierungs- bzw. Staatschef*in im Partnerland stattfindet, erzeugen Druck und könnten beide Regierungen in die Kooperation „zwingen". Auch die bestehenden Kanäle und Abstimmungsroutinen auf Beamtenebene könnten greifen, solange sie gepflegt werden.

Auf Dauer dürfte die Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene jedoch leiden. Aufkommendes Misstrauen in die Ziele und Maßnahmen der jeweils anderen Regierung würde diese Kooperationsformate mittelfristig infrage stellen. Besonders gefährdet ist der Beamtenaustausch, der stark auf gegenseitigem Vertrauen basiert. Insgesamt ist mit einer Verschlechterung der Regierungsbeziehungen und einer langsamen Entkopplung zu rechnen.

## Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (DFPV)

Mit ihren 100 Abgeordneten, je 50 aus Frankreich und Deutschland, ist die DFPV ein einzigartiges Gremium und Ausdruck einer stärkeren Parlamentarisierung der bilateralen Beziehungen. Seit ihrem engagierten Start im Jahr 2019 und trotz der rechtlichen Unverbindlichkeit ihrer Beschlüsse bemüht sich die DFPV, französische und deutsche Positionen einander näherzubringen und dadurch die europäische Integration zu fördern. 2024 und 2025 war die Versammlung jedoch aufgrund der nationalen Wahlen in Frankreich und Deutschland gelähmt und konnte nach anderthalbjähriger Pause erst wieder im Juni 2025 tagen.

### Ansätze des RN und der AfD

Beide Parteien stehen der DFPV kritisch gegenüber und hatten sich im Jahr 2019 gegen ihre Einrichtung ausgesprochen.[22] Die AfD argumentierte, dass „supranationale Parlamente" wie die DFPV die nationalen Parlamente bevormunden würden.[23] Trotz ihrer ablehnenden Haltung nehmen beide Parteien aktiv an den Plenar- und den Vorstandssitzungen teil. Bei der AfD kommt es vor, dass sie Regeln der Geschäftsordnung hinterfragt. Ihr Ziel ist dabei offenbar, die nationale Dimension in der DFPV zu stärken. In den Plenardebatten gibt es regelmäßig polemische Zwischenrufe beider Parteien. Von einer Blockade durch Abwesenheit oder massives Stören kann aber nicht gesprochen werden. Im Gegenteil, RN und AfD fielen zuletzt durch eine hohe, fast systematisch wirkende Präsenz auf und das, obwohl sie eine stärkere deutsch-französische Integration ablehnen und nur die symbolische Verbindung erhalten wollen, wie in ihren Redebeiträgen in der DFPV deutlich wird.

Während die AfD von Beginn an Mitglieder in die DFPV entsendete, verfügt der RN erst seit den französischen Parlamentswahlen im Jahr 2022 über eine eigene Fraktion in der Assemblée nationale und damit über eine Präsenz in der Versammlung. Durch das Erstarken beider Parteien auf nationaler Ebene sind die AfD- und RN-Delegationen in den letzten Jahren erheblich angewachsen. Mit elf RN- und zwölf AfD-Abgeordneten stellen sie derzeit zusammen fast ein Viertel der Mit-

**22** Assemblée nationale, Compte rendu de la séance du lundi 11 mars 2019, https://www.assemblee-nationale.fr/dyn/15/comptes-rendus/seance/session-ordinaire-de-2018-2019/premiere-seance-du-lundi-11-mars-2019#1642571, zuletzt abgerufen am 17.07.2026; Bundestag 2019, Namentliche Abstimmung zum Deutsch-Französischen Parlamentsabkommen, https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=589, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**23** Norbert Kleinwächter, Deutsch-Französische Freundschaft ist schwer beschädigt, YouTube-Kanal der AfD-Fraktion im Bundestag, https://www.youtube.com/watch?v=jKJoyKJy2u0&t=7s, 21. Januar 2021, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

glieder. Ihr Anteil in der DFPV ist so groß, dass die Regierungsfraktionen auf Präsenz achten müssen, um ihre Mehrheit bei Beschlüssen zu sichern.

Interessanterweise kooperieren beide Rechtsaußen-Parteien derzeit nicht miteinander. In der Vergangenheit hatten der RN und die AfD regelmäßig gemeinsame Anträge eingebracht, die in der DFPV zwingend binational sein müssen. Seit den französischen Parlamentswahlen 2024 ist das nicht mehr geschehen. Ein Grund dafür könnte sein, dass der Vorsitz und die Mitglieder der französischen und später auch der deutschen Delegation gewechselt haben und kein persönliches Vertrauensverhältnis mehr besteht. Vor allem aber lehnt der RN eine Kooperation mit der AfD auf EU-Ebene seit den EU-Wahlen 2024 ab (siehe Einleitung S. 7, Fußnote 6). Dieser Aspekt wirkt sich mutmaßlich auch auf die Zusammenarbeit im Rahmen der DFPV aus.

### Mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Drei Szenarien sind vorstellbar, sollten der RN und/oder die AfD die Regierung stellen oder an dieser beteiligt werden. Das erste – die formelle Abschaffung der DFPV – gilt als unwahrscheinlich, weil unnötig: Eine Blockade der Versammlung würde den gleichen Zweck erfüllen. Wahrscheinlicher ist das zweite Szenario, demzufolge die DFPV nicht mehr tagt, weil ihr keine Bedeutung beigemessen wird und sich die Einigung auf Themen, Vorlagen und Termine mit dem Partner als zu schwierig erweist. Ein drittes Szenario könnte vorsehen, die Versammlung als ein Feigenblatt für internationale Kooperation beizubehalten. In diesem Fall könnten die Rechtsaußen-Parteien die DFPV zur Themensetzung und als politisches Legitimationsinstrument nutzen.

Grundsätzlich hängt die Beteiligung und Kooperation in der DFPV davon ab, ob Parteien in Deutschland und Frankreich an der Regierung sind, die gleiche Interessen und Werte teilen. Dann könnten Tagesordnungen und Beschlüsse erstellt werden. Außerdem spielt auch eine Rolle, wie die AfD und der RN auf anderen Ebenen miteinander kooperieren oder eben nicht – wie zum Beispiel derzeit im EU-Parlament.

## Fazit

Zusammenfassend zeigt die Analyse, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit trotz ihres dichten institutionellen Gefüges politischer Anfechtung ausgesetzt sein kann. Rechtsaußen-Parteien wie RN und AfD betrachten zentrale Instrumente wie den Aachener Vertrag und die DFPV vor allem aus der Perspektive nationaler Souveränität und nach Kosten-Nutzen-Abwägungen. Sollten der RN und/oder die AfD Regierungsverantwortung übernehmen, ist zu vermuten, dass zwar nicht die formale Existenz dieser Institutionen infrage gestellt würde. Jedoch würden ihre praktische Ausgestaltung und ihr politischer Gehalt leiden.

In diesem Falle scheint kein abrupter Bruch, sondern vielmehr ein schrittweiser Rückbau der Beziehungen wahrscheinlich: Die Kooperation würde selektiver, stärker von den Eigeninteressen der beiden Regierungen geprägt und vor allem symbolisch aufrechterhalten, während konkrete Integrationsprojekte an Bedeutung verlieren könnten. Unter Beibehaltung der formalen Strukturen könnte dies mittelfristig zu einer funktionalen Erosion der Zusammenarbeit führen.

## 3.2 Subnationale und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich

Die Gesellschaft muss die deutsch-französischen Beziehungen tragen: Dieses Leitmotiv prägt die Zusammenarbeit, die stark von zivilgesellschaftlichen Kooperationen unterhalb der staatlichen Ebene geprägt ist. Sie reicht von informellen Initiativen bis hin zu dauerhaft institutionalisierten Kooperationsstrukturen. Dabei ist die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit von nationalen Rahmenbedingungen abhängig – insbesondere von rechtlichen Vorgaben, politischer Unterstützung und öffentlicher Finanzierung. Zugleich wirken auch indirekte Einflussfaktoren, etwa durch politische Prioritätensetzung und öffentliche Diskurse, auf die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit ein. In diesem Sinne beeinflussen Rechtsaußen-Parteien wie der RN oder die AfD die deutsch-französischen Beziehungen teilweise schon heute – auch ohne formale Regierungsbeteiligung.

Alle Formen der subnationalen Zusammenarbeit sind in hohem Maße von öffentlicher oder privater Förderung abhängig. Finanzielle Kürzungen, die auch schon von den aktuell regierenden Parteien mit Verweis auf die angespannte Haushaltslage in beiden Ländern vorgenommen werden, beeinträchtigen diese Form der Zusammenarbeit massiv, wie zum Beispiel die Kürzung der Mittel für die Deutsch-Französische Hochschule durch die französische Regierung im Jahr 2026 zeigt.

Im Folgenden werden mit Jugendaustausch, Städte- und Regionalpartnerschaften sowie Forschung und Wissenschaft exemplarisch drei zentrale Felder der deutsch-französischen Zusammenarbeit betrachtet, die sich hinsichtlich ihres Institutionalisierungsgrads und ihrer Abhängigkeit von politischen Entscheidungen unterscheiden.

### Jugendaustausch

Der Jugendaustausch gilt seit dem Élysée-Vertrag als zentrale Säule der deutsch-französischen Aussöhnung und Freundschaft (siehe Kapitel 2). Allerdings hat das gegenseitige Interesse in den vergangenen Jahrzehnten spürbar nachgelassen, auch deswegen, weil in beiden Ländern Jugendliche die Partnersprache heute seltener lernen als früher.[24]

#### Ansätze des RN und der AfD

Weder AfD noch RN messen dem internationalen Jugendaustausch programmatisch große Bedeutung bei. Die möglichen Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung ergeben sich daher weniger aus expliziten Vorhaben dieser Parteien als aus ihren übergeordneten politischen Leitlinien – insbesondere einer stärker nationalen Orientierung, der Ablehnung vertiefter europäischer Integration sowie veränderten Prioritäten in der Bildungs- und Kulturpolitik. AfD und RN lehnen den internationalen Austausch nicht grundsätzlich ab, interpretieren „Völkerverständigung“ jedoch primär als Kooperation souveräner und kulturell eigenständiger Nationen statt als Projekt supranationaler Integration. Konzepte wie ein „Europa der Nationen“ oder ein „Europa der Vaterländer“ spielen für beide Parteien eine zentrale Rolle.

#### Mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Kürzungen dürften vor allem Bereiche betreffen, die politisch eine geringere Priorität genießen oder ideologisch weniger anschlussfähig sind. Erkennbar war

**24** Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW) (Hrsg.), Kontexte und Herausforderungen beim Erlernen der Partnersprache in einem mehrsprachigen Europa, 2023, https://www.ofaj.org/sites/default/files/media/panorama-6-kontexte-und-herausforderungen-beim-erlernen-der-partnersprache-in-einem-mehrsprachigen-e.pdf, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

dies bereits in den Haushaltsverhandlungen in der Assemblée nationale, wo der RN Kürzungen unter anderem bei den Mitteln für Vereine, Kultur und lokale Gebietskörperschaften forderte.[25] In Deutschland nutzt die AfD parlamentarische Instrumente (z. B. kleine Anfragen), um internationale Kooperationsformate in den Blick zu nehmen. Sie äußert keine pauschale Ablehnung der deutsch-französischen Beziehungen, sondern übt Kritik an der Verwendung von Steuergeldern (Projekte des Aachener Vertrags) oder einer aus ihrer Sicht fehlgeleiteten Bildungspolitik (Spracherwerb).[26]

Im Bereich des Jugendaustauschs unterscheidet sich die Abhängigkeit von politischen Rahmenbedingungen nach Trägerstruktur. Zentrale bilaterale Institutionen sind das DFJW sowie der – allerdings nicht auf die Jugend begrenzte – Deutsch-Französische Bürgerfonds, die beide auf Grundlage des Élysée-Vertrags und des Aachener Vertrags paritätisch finanziert und gesteuert werden. Diese Struktur begrenzt einseitige politische Einflussnahmen und sorgt für eine gewisse Stabilität, macht die Institutionen jedoch abhängig von den haushaltspolitischen und inhaltlichen Prioritäten beider Regierungen.

EU-Programme wie Erasmus+ für den Schul- und Hochschulbereich bieten aufgrund ihrer mehrjährigen Programmzyklen zusätzliche Stabilität, bleiben jedoch in Finanzierung und Umsetzung indirekt von den Mitgliedstaaten abhängig. Die EU-skeptische Positionierung von AfD und RN könnte sich perspektivisch auf die Ausgestaltung künftiger Programmgenerationen und den EU-Haushalt auswirken.

Neben diesen binationalen und supranational getragenen Strukturen bestehen nationale Programme zur Förderung des Austauschs und des Spracherwerbs.[27] In Deutschlands föderalem Bildungssystem werden sie dezentral umgesetzt, während sie in Frankreich überwiegend zentralistisch organisiert sind. Eine stärkere politische Einflussnahme würde deswegen unterschiedlich ausfallen: Während die Regierung in Frankreich unmittelbar auf Inhalte, Prioritäten und Finanzierung einwirken kann, ist der Einfluss der Bundesregierung auf die Bildungspolitik der Bundesländer stärker begrenzt und eher indirekt. Ergänzend zu den staatlichen Institutionen tragen zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine, Städtepartnerschaften und lokale Initiativen den deutsch-französischen Jugendaustausch. Diese Strukturen sind zwar dezentral organisiert, jedoch stark auf öffentliche Förderung angewiesen, sodass sich durch einen Regierungswechsel veränderte politische Prioritäten vor allem indirekt über Fördermittel und Programmausrichtung auswirken würden.

## Kommunale und regionale Partnerschaften

### Ansätze des RN und der AfD

Die kommunale und regionale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich spielt in den Parteiprogrammen der AfD und des RN bisher so gut wie keine Rolle, auch wenn rechtsextreme Akteure auf kommunaler Ebene in beiden Ländern an Bedeutung gewinnen, insbesondere durch die zunehmende Zahl

**25** Clément Guillo, Budget 2025: le RN propose des coupes drastiques, au détriment de l'environnement, des collectivités et des missions de l'Etat, in: Le Monde, 17. Oktober 2024, https://www.lemonde.fr/politique/article/2024/10/17/budget-2025-le-rn-propose-des-coupes-drastiques-au-detriment-de-l-environnement-des-collectivites-et-des-missions-de-l-etat_6353944_823448.html, zuletzt abgerufen am 16.07.2026.

**26** Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage der Fraktion der AfD, Drucksache 20/9451, 22. November 2023, https://dserver.bundestag.de/btd/20/094/2009451.pdf, zuletzt abgerufen am 16.07.2026; Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage der Fraktion der AfD, Drucksache 21/3677, 15. Januar 2026, https://dserver.bundestag.de/btd/21/036/2103677.pdf, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

**27** In Deutschland etwa durch das Fremdsprachenassistenten-Programm oder durch PASCH (Schulen: Partner der Zukunft), in Frankreich durch die Assistants de langue oder über die Agence pour l'enseignement français à l'étranger (AEFE).

an RN-Mandaten und -Bürgermeister*innen in Frankreich. Die dortigen Erfahrungen im Umgang mit rechtsextremen Akteuren in der Kommunalpolitik können Hinweise auf die Entwicklungen bei einer möglichen späteren Regierungsbeteiligung von RN oder AfD auf nationaler Ebene geben.

## Mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Weder der RN noch die AfD stellen bestehende deutsch-französische Städtepartnerschaften grundsätzlich infrage. Kritik erfolgt jedoch im Falle einzelner Partnerschaften unter Verweis auf die Haushaltslage, etwa als die AfD-Fraktion im Stadtrat von Pirmasens 2025 die Städtepartnerschaft mit Poissy als „teuer und bürgerfern" kritisierte.[28] Sollten die Rechtsaußen-Parteien im Falle einer Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene Gelder für Städtepartnerschaften kürzen, wäre dies umso schädlicher für die zivilgesellschaftlichen Beziehungen, wenn gleichzeitig die Finanzierung des Bürgerfonds infrage gestellt würde. Dies ist durchaus denkbar, hatten doch seinerzeit beide Parteien Stimmung gegen die Ratifizierung des Aachener Vertrags gemacht. Der RN hatte gar Verrat gewittert und behauptet, kraft dieses Vertrages würde das Elsass unter dem Vorwand der Einrichtung eines Eurodistrikts an Deutschland „verkauft".[29]

Seither kann man jedoch beobachten, dass sich zumindest die RN-Verbände und -Politiker aus grenznahen Regionen für die Belange der Franzosen im Grenzgebiet einsetzen. So protestierte der RN-Europaabgeordnete Dominique Martin 2020 dagegen, dass Grenzgänger bei dem wegen der Corona-Pandemie gewährten Kurzarbeitergeld steuerlich benachteiligt wurden. Ebenso kritisierte er die „steuerliche Abzocke" der EU bei der Einfuhr von deutschen PKW als Firmenwagen. Martins Parteikollege aus Forbach, Kévin Pfeffer, setzte sich als Berichterstatter für die Einrichtung einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation auf dem Rhein ein. So gesehen ist nicht ausgeschlossen, dass sich der RN oder die AfD weiterhin für grenzüberschreitende Kooperation – wenn nicht gar für ihre Vertiefung – einsetzen, zumindest wenn es ihren Wählern nützt.

Ein ähnlicher Pragmatismus könnte auch gegenüber bestehenden Städtepartnerschaften zu erwarten sein, da diese zur politischen Normalisierung und Legitimierung von Rechtsaußen-Parteien beitragen können. Schon heute gibt es Beispiele von Kommunen, wo starke AfD- bzw. RN-Fraktionen sich auf den Erfolg deutsch-französischer Städtepartnerschaften berufen, um ähnliche Verbindungen zu anderen Ländern auf- oder auszubauen. So hoffte zum Beispiel die Spremberger AfD-Fraktion, dass die Besiegelung der Städtepartnerschaft der Brandenburger Kommune mit Mars-la-Tour (2024) den Beziehungen zum russischen Schelesnogorsk neuen Schwung verleihen würde. Als Steve Briois (RN) im Jahre 2014 zum Bürgermeister der Stadt Hénin-Beaumont gewählt wurde, stand aus Sicht der Partnerstadt Herne die Städtepartnerschaft vor dem Aus. Der RN-Bürgermeister trat jedoch bei seinem Amtsantritt als überzeugter Verfechter dieser Städtepartnerschaft auf, auch wenn er gleichzeitig eine neue Partnerschaft mit einer russischen Gemeinde aufnehmen wollte, was letztlich scheiterte.[30]

**28** Klaus Kadel-Magin, Städtepartnerschaft mit Poissy: AfD fordert mehr Bürgernähe, in: Die Rheinpfalz, 13. November 2025, https://www.rheinpfalz.de/lokal/pirmasens_artikel,-st%C3%A4dtepartnerschaft-mit-poissy-afd-fordert-mehr-b%C3%BCrgern%C3%A4he-_arid,5831762.html, zuletzt abgerufen am 16.07.2026.

**29** Philippe Olivier, Traité d'Aix-la-Chapelle : petits arrangements – grande trahison, https://rassemblementnational.fr/post/traite-daix-la-chapelle-petits-arrangements-grande-trahison, zuletzt abgerufen am 17.07.2026; siehe auch Éditorial, Traité d'Aix-la-Chapelle : les élucubrations de Marine Le Pen et Nicolas Dupont-Aignan, in: Le Monde, 22. Januar 2019 https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/01/22/traite-d-aix-la-chapelle-laissez-en-paix-l-alsace-et-la-lorraine_5412668_3232.html, zuletzt abgerufen am 16.07.2026.

**30** Thibault Madelin, FN: une ville allemande s'interroge sur son jumelage avec Hénin-Beaumont, in: Les Echos, 10. April 2014, www.lesechos.fr/2014/04/fn-une-ville-allemande-sinterroge-sur-son-jumelage-avec-henin-beaumont-301091, zuletzt abgerufen am 15.07.2026 und siehe auch Marine Turchi, Le FN et la Russie se rapprochent à Hénin-Beaumont, in: Mediapart, 2. November 2015, www.mediapart.fr/journal/france/021115/le-fn-et-la-russie-se-rapprochent-henin-beaumont, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

Für den RN und die AfD könnten auch Partnerschaften auf Kommunal- und Landesebene in Österreich, Italien und in den Visegrád-Staaten zwecks Vernetzung mit den dortigen Rechtsaußen-Parteien attraktiv sein.[31] Eine solche Vernetzung wird bereits heute über die deutsch-französischen Städtepartnerschaften betrieben: Die rechtsextremen Stadträte suchen Kontakt zu ähnlich eingestellten Personen in der Partnerstadt und ihrem Umland. Einige Vereine berichten mit Sorge, dass rechtsextreme Personen oder Gruppen aus dem jeweils anderen Land gemeinsam mit lokalen rechtsextremen Akteuren versuchten, sie zu unterwandern und für ihre Ideologie zu vereinnahmen.

Erfahrungen zeigen, dass Kommunen, deren Partnerstädte von Rechtsaußen-Parteien regiert werden, sich abwartend verhalten und ihre Partnerschaften zunächst fortführen. Verschlechtern sich die Beziehungen zwischen zwei Partnergemeinden auf der exekutiven Ebene, versuchen Akteure, die nicht dem Rechtsaußen-Umfeld angehören, den Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene – etwa über Vereine, Schulen oder Wirtschaftsnetzwerke – aufrechtzuerhalten oder sogar zu stärken.[32] Wenn sich die politische Zusammenarbeit als besonders schwierig erweist, suchen sie Umwege und weichen zum Beispiel auf die Handelskammern oder Wirtschaftsclubs aus, um den Kontakt zu politisch gleichgesinnten Kräften in der Partnerstadt und deren Umland zu halten.

Auch auf regionaler Ebene versuchen die aktuell regierenden Akteure Vorsorge zu treffen, sollte es in der Partnerregion des anderen Landes zur Machtbeteiligung einer Rechtsaußen-Partei kommen. Seit 2023 besteht etwa die Partnerschaft zwischen Sachsen und Okzitanien, die ausdrücklich Zivilcourage gegen Rechts im ländlichen Raum fördert.

## Forschung und Wissenschaft

### Ansätze des RN und der AfD

Ebenso wenig wie zum Jugendaustausch oder den Städtepartnerschaften gibt es klare Stellungnahmen von RN und AfD zu den deutsch-französischen Initiativen im Bereich Forschung und Wissenschaft. Aus dem allgemeinen wissenschaftspolitischen Diskurs der beiden Parteien lassen sich jedoch einige mögliche Konsequenzen einer Regierungsbeteiligung ableiten. In der Wissenschaftspolitik konzentriert sich der RN auf die Forderung, das Tragen des Kopftuchs und den Gebrauch von inklusiver Sprache an der Universität zu verbieten. Die Partei legt den Fokus außerdem auf die öffentliche Herabwürdigung bestimmter Wissenschaftler*innen, insbesondere aus den Geistes- und Sozialwissenschaften.[33]

Im Vergleich dazu hat die AfD die Grundzüge ihrer Wissenschaftspolitik detaillierter formuliert. Die Partei stellt die Leistungen der Forschung in den

**31** Martin Böhmer, Schulterschluss in Salzburg: AfD holt sich Tipps bei FPÖ, in: Correctiv, 16. Januar 2026, https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2026/01/16/salzburg-afd-fpoe-ulrich-siegmund-sachsen-anhalt/, zuletzt abgerufen am 15.07.2026 und Deutscher Bundestag, AfD fordert Ausbau der Partnerschaft mit Visegrád-Staaten, Drucksache 20/8355, 18. September 2023, https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-966346, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

**32** Hélène Kohl und David Philippot, Deutsch-französische Städtepartnerschaften unter Druck, in: Deutschlandfunk, 22. Februar 2026, www.deutschlandfunk.de/bedrohung-von-rechts-deutsch-franzoesische-staedtepartnerschaften-unter-druck-100.html, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**33** Assemblée nationale, Proposition de loi n°2277 déposée le mardi 23 décembre 2025, https://www.assemblee-nationale.fr/dyn/17/textes/l17b2277_proposition-loi, zuletzt abgerufen am 17.07.2026, siehe auch Assemblée nationale, Proposition de loi n°2299 déposée le mardi 23 décembre 2025, https://www.assemblee-nationale.fr/dyn/17/textes/l17b2299_proposition-loi, zuletzt abgerufen am 17.07.2026 sowie Université Paris Nanterre, Communiqué de presse du 17 avril 2026, https://www.parisnanterre.fr/medias/fichier/20260417-upn-l-universite-paris-nanterre-condamne-avec-fermete-les-propos-de-se-bastien-chenu-et-exprime-son-soutien-a-sa-communaute-scientifique_1776432435348-pdf, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

Natur- und Geisteswissenschaften seit 1968 infrage, einem Datum, das nach Meinung der AfD die linke Politisierung der wissenschaftlichen Produktion an den Universitäten markiert. Die AfD verlangt, die Funktionsweise der Universitäten und die Forschungsfinanzierung auf Bundes- und Landesebene grundlegend zu reformieren.[34] Sie kritisiert, dass Forschung undifferenziert gefördert werde und die erreichten Forschungserkenntnisse nicht hinreichend kontrolliert würden.

Zu den Forderungen der AfD gehört auch, den Rückgriff von Lehrenden und Forschenden auf Drittmittel einzuschränken. Sie begründet dies damit, dass die Einwerbung von Drittmitteln einen zu hohen Aufwand erfordere. Implizit zielt dieser Vorschlag jedoch vermutlich auch darauf ab, zu verhindern, dass Forschende eine zu große Unabhängigkeit gegenüber ihrer Universität erlangen. Außerdem wirft die AfD Institutionen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder Stiftungen vor, die zu finanzierenden Projekte nach vorwiegend politischen Kriterien auszuwählen.

Schließlich tritt die AfD für eine stärkere Einflussnahme auf die Studieninhalte und die Abschaffung der Geschlechterquotenpolitik ein, sowohl im Hinblick auf das Hochschulpersonal als auch bei der Vergabe von Stipendien. Die AfD will Deutschland aus dem Bologna-Prozess herausführen. Studienangebote in anderen Sprachen als Deutsch, die in den letzten Jahrzehnten an den Hochschulen entstanden sind, sollen zugunsten deutschsprachiger Studiengänge abgeschafft werden. Exzellenzprogramme wie das „Deutschlandstipendium“, durch die Studierende finanziell unterstützt werden sollen, sollen verstärkt werden. Ziel der AfD ist es, ausschließlich die akademischen Leistungen für die Stipendienvergabe in Betracht zu ziehen.

## Mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Sollten der RN und/oder die AfD an die Regierung kommen, würde dies im Bereich Forschung und Wissenschaft voraussichtlich insbesondere die Institutionen betreffen, die die deutsch-französische Forschung finanzieren, wie die Agence Nationale de la Recherche in Frankreich und die Deutsche Forschungsgemeinschaft in Deutschland.

Das Förderprogramm für deutsch-französische Forschungsprojekte in den Geistes- und Sozialwissenschaften (FRAL) – eine gemeinsame Initiative von ANR und DFG, die eine langfristige Finanzierung deutsch-französischer Projekte in den Geistes- und Sozialwissenschaften ermöglicht – dürfte immerhin erhalten bleiben. Dafür spricht nicht nur sein langes Bestehen, sondern auch das hohe Ansehen dieses Programms. Sollte die ANR jedoch von einer Leitung übernommen werden, die das politische Programm des RN vertritt (der Direktor der ANR wird vom Präsidenten der Republik ernannt), könnte diese beschließen, den FRAL-Projektausschreibungen Themen vorzuschreiben oder zu untersagen. Auch Kürzungen bei den Mitteln der ANR wären denkbar.

Auf deutscher Seite ist die DFG vor politischer Einflussnahme grundsätzlich besser geschützt, weil sie den Status eines eingetragenen Vereins hat. Zudem gewährleistet Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes die akademische Freiheit, was Lehr- und Forschungstätigkeiten schützt. Sollte die AfD aber tatsächlich auf Bundesebene an die Macht kommen, könnte sie die Vergabe von Finanzmitteln beeinflussen und die DFG auf diesem Weg daran hindern, bestimmte Forschungsprojekte weiterhin zu fördern.

**34** AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf sowie AfD Landesverband Sachsen-Anhalt, Entwurf Regierungsprogramm, 23. Januar 2026, https://table.media/assets/berlin/26-01-23_entwurf_afd-regierungsprogramm-2026-sachsen-anhalt.pdf, beides zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

Neben ANR und DFG gibt es weitere Institutionen, die mit der Finanzierung deutsch-französischer Wissenschaft betraut sind, wie die DFH und das Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne (CIERA). Auch ohne Regierungsbeteiligung des RN führten Schwierigkeiten bei der Abstimmung des französischen Staatshaushalts für 2026 bereits zu erheblichen Einschränkungen für die DFH, die auf französischer Seite ein Drittel ihrer Mittelzuweisungen einbüßte. Sollten RN und/oder AfD künftig mitregieren, könnte dies dazu führen, dass die Mittel der DFH weiter und dauerhaft gekürzt werden. Das CIERA hingegen wäre nicht unmittelbar betroffen, da es nicht der Aufsicht der Exekutive untersteht, sondern von seinen Mitgliedsuniversitäten finanziert wird. Allerdings könnte ein erheblicher Rückgang der Budgets dieser Mitgliedsuniversitäten sowie der Fachbereiche in den Geistes- und Sozialwissenschaften mittelbar negative Auswirkungen auf die für die Aktivitäten des CIERA verfügbaren Mittel haben.

## Fazit

Die subnationale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich leidet bereits heute unter chronischer Unterfinanzierung. Austauschprogramme und Städtepartnerschaften werden in vielen Fällen vor allem durch das Engagement der Zivilgesellschaft am Leben gehalten. Es ist unwahrscheinlich, dass der RN oder die AfD als Regierungsparteien die deutsch-französische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet einstellen würden. Viel wahrscheinlicher ist, dass sie mithilfe von politischem und finanziellem Druck versuchen, sie für ihre politischen Interessen zu vereinnahmen. Konkret könnte dies eine Kürzung der Finanzmittel oder eine stärkere Kontrolle der Inhalte deutsch-französischer Initiativen der Zivilgesellschaft bedeuten. Dennoch kann die Mehr-Ebenen-Struktur aus europäischen, nationalen und lokalen Akteuren eine stabilisierende Wirkung entfalten, indem sie politische Veränderungen auf einzelnen Ebenen teilweise abfedert.

# 4. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit in ausgewählten Politikbereichen

## 4.1 Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gilt die deutsch-französische Zusammenarbeit seit jeher als „Vernunftehe“: Die Unterschiede in den strategischen Kulturen, dem internationalen Status und dem Verhältnis beider Länder zu den Vereinigten Staaten von Amerika und der von Washington dominierten Nordatlantischen Vertragsgemeinschaft (NATO) erschweren die bilaterale Kooperation. Dennoch gründet die Zusammenarbeit auch in diesem Politikfeld auf einem Acquis. Dieser ist vorrangig institutioneller Natur: Bereits im Élysée-Vertrag wurden „regelmäßige Zusammenkünfte“ zwischen den für Verteidigung zuständigen Behörden beider Seiten vereinbart. 1988 wurde in einem Zusatzprotokoll zum Elysée-Vertrag der Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat (DFVSR) ins Leben gerufen. Dieses hochrangige Gremium soll gemeinsame Konzepte erarbeiten und Fragen der europäischen Sicherheit, der militärischen Zusammenarbeit und der Verbesserung der Interoperabilität zwischen den beiden Armeen besprechen. Im Vertrag von Aachen verpflichten sich Berlin und Paris dazu, ihre Zusammenarbeit in diesem Politikfeld weiter zu intensivieren, vor allem durch verstärkte rüstungspolitische Kooperation und eine Aufwertung des DFVSR. Anfang März 2026 richteten Präsident Macron und Bundeskanzler Merz schließlich eine hochrangige nukleare Steuerungsgruppe ein, über die sich Berlin und Paris in Fragen der nuklearen Abschreckung koordinieren wollen.

### Rüstungskooperation

Dieser sicherheits- und verteidigungspolitische Acquis hat gleichwohl nicht zu einer dynamischen Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs geführt. Die 1988 gegründete Deutsch-Französische Brigade etwa wurde ihrem Ziel, ein Modell der Streitkräfteintegration in Europa zu sein, zu keiner Zeit gerecht. Erst seit dem Frühjahr 2025 leistet sie einen Beitrag zu den NATO-Verteidigungsplänen an der Ostflanke des Bündnisses. Im Juni 2026 kündigte die deutsche Regierung an, dass sie die 2017 beschlossene Entwicklung eines bemannten deutsch-französischen Kampfflugzeugs der sechsten Generation (*New Generation Fighter*, NGF) nicht weiterverfolgen wird. Damit steht das größte deutsch-französische Rüstungsvorhaben, das Luftkampfsystem FCAS, vor dem Aus, wenngleich beide Seiten ihr Bemühen beteuern, einzelne Elemente des Projektes – insbesondere die *Combat Cloud* sowie unbemannte Begleitsysteme (*Remote Carriers*) – fortführen zu wollen. Das Scheitern des NGF sowie zunehmende industrie- und sicherheitspolitische Divergenzen lassen gegenwärtig Zweifel an der Tragfähigkeit der bilateralen Rüstungskooperation wachsen. Diesen Schwierigkeiten zum Trotz halten Deutschland und Frankreich an den bilateralen Konsultationen fest und nutzen den DFVSR, um ihre Positionen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Krisen und Herausforderungen abzugleichen.

#### Ansätze des RN und der AfD

Ein Wahlerfolg von RN und AfD könnte diesem Bemühen ein Ende bereiten. Sowohl der RN als auch die AfD äußern sich skeptisch zur bilateralen Kooperation. In Frankreich erhebt die RN-Parteiführung immer wieder den diffusen Vorwurf, die Regierung Macron verkaufe die Interessen französischer Bürger und Unternehmen, oft gar die „französische Souveränität“, an Deutschland.[35]

**35** Adrien Sénécat und Marie Dédéban, L'intox de Marine Le Pen sur le traité d'Aix-la-Chapelle qui affaiblit la France, in: Le Monde, 18. Januar 2019, https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2019/01/18/l-intox-de-marine-le-pen-sur-le-traite-d-aix-la-chapelle-qui-affaiblit-la-france_5411073_4355770.html?srsltid=AfmBOorMwemVj98zsE-nIhxxQCoV-VLatwzCMpzgxrGtm7hKTfkZDxIS8&utm, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Bestimmungen des Aachener Vertrages kritisieren beide Parteien scharf. Der RN sieht darin eine Bedrohung der französischen Souveränität: Frankreichs Diplomatie und Verteidigung würden sich Deutschland unterwerfen. Die Partei lehnt insbesondere die deutsch-französische Rüstungszusammenarbeit sowie die Teilnahme von Mitgliedern der Bundesregierung an Kabinettssitzungen in Frankreich ab.[36] Die AfD kritisiert, dass Frankreich Hauptprofiteur der im Vertrag avisierten Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie sei, der Vertrag weiteren fragwürdigen Auslandseinsätzen in Afrika die Tür öffne und deutsche Technologie unter dem Mantel französisch dominierter Gemeinschaftsunternehmen ausverkauft werde.[37]

### Mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Nicht nur die Konsultationen und die Rüstungszusammenarbeit könnten unter einem Wahlerfolg des RN und/oder der AfD leiden; auch die 2026 eingesetzte nukleare Steuerungsgruppe würde vermutlich infrage gestellt. Der RN protestierte gegen die bilaterale Vereinbarung mit den Worten, die französische Nuklearbewaffnung sei unteilbar und nicht Gegenstand des europäischen Integrationsprozesses.[38] Auch die AfD lehnt die Vereinbarung ab und will Deutschland nicht unter den Nuklearschirm Frankreichs stellen. Vielmehr fordern einige Parteivertreter, Deutschland solle in einer sich auflösenden internationalen Ordnung über eigene Nuklearwaffen verfügen. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert eine nicht näher definierte „europäische Nuklearallianz“[39] zur nuklearen Abschreckung, während die Parteiführung das Thema meidet. Sie will weder das Signal aussenden, Russland müsse dauerhaft abgeschreckt werden, noch möchte sie den amerikanischen Präsidenten Donald Trump brüskieren, dem Teile der AfD weiterhin zugutehalten, sie vor einem Verbotsverfahren zu bewahren.

## Europapolitik und Integrationsprozess

### Ansätze des RN und der AfD

Trotz ihrer übereinstimmenden Rhetorik in Bezug auf die nationale Souveränität und trotz ihrer Kritik am europäischen Föderalismus sind die Positionen beider Parteien in Fragen der außenpolitischen Strategie wenig gefestigt.

Am deutlichsten unterscheiden sich die beiden Parteien in ihrer Haltung zur EU und dem europäischen Integrationsprozess. In Frankreich hat sich der RN bereits vor einiger Zeit von Forderungen distanziert, das Land aus der Gemeinschaftswährung oder gar der Union herauszuführen. Vielmehr betonen sowohl Jordan Bardella als auch Marine Le Pen, die EU von innen heraus verändern zu wollen. Insbesondere Bardella verbindet seine Kritik am europäischen Föderalismus mit der pragmatischen Anerkennung bestimmter europäischer Interdependenzen, insbesondere in wirtschaftlicher und energiepolitischer Hinsicht. Diese Haltung steht im Kontrast zur Europapolitik der AfD, die sich in Teilen deutlich radikaler gegen die europäische Integration stellt.

**36** Philippe Olivier, Traité d'Aix-la-Chapelle : petits arrangements – grande trahison, https://rassemblementnational.fr/post/traite-daix-la-chapelle-petits-arrangements-grande-trahison, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

**37** Alice Weidel und Alexander Gauland, Der deutsch-französische Aachener Vertrag entfremdet uns von anderen Europäern, https://www.afd.de/weidel-gauland-der-deutsch-franzoesische-aachener-vertrag-entfremdet-uns-von-anderen-europaeern/, 22. Januar 2019, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

**38** Communiqué Rassemblement National, La dissuasion engage la nation. Elle ne se délègue pas, 2. März 2026, https://rassemblementnational.fr/communiques/la-dissuasion-engage-la-nation-elle-ne-se-delegue-pas, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**39** Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktion der AfD, Beitritt Deutschlands zur europäischen Nuklearallianz, Drucksache 21/3302, 18. Dezember 2025, https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw51-de-nuklear-allianz-1129214, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

Zugleich herrscht in beiden Parteien Misstrauen gegenüber dem Partnerland. In der AfD zeichnen sich mehrere Parteiströmungen durch antifranzösische Tendenzen aus und stehen einer von Paris getragenen europäischen Machtarchitektur ablehnend gegenüber.[40] Für den RN erklärte Bardella, Frankreich in der EU halten zu wollen, jedoch das Verhältnis zu Deutschland neu austarieren zu müssen. Deutschland habe in den europäischen Institutionen einen übermäßigen Einfluss, den es zulasten französischer Interessen ausübe.[41] In der Partei existiert eine marginale „gaullistische" Strömung, die nicht auf einen Bruch mit Deutschland, sondern auf eine Neujustierung der deutsch-französischen Beziehungen im Sinne dieses „Europas der Nationen" und größerer strategischer Autonomie Frankreichs setzt.

### Mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Die Zusammenarbeit dürfte in diesem Politikfeld eher konflikthaft als konvergent verlaufen. Koordinierungsformate in kleinerem europäischem Kreis wie E3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien), E5 (zusätzlich mit Polen und Italien) oder ein mögliches „Weimar+" (ausgehend vom Weimarer Dreieck Deutschland, Frankreich und Polen) wären äußerst schwer zu realisieren: Gerade diese Formate beruhen auf der Fähigkeit Deutschlands und Frankreichs, zunächst untereinander strategische Kompromisse zu erarbeiten und diese anschließend auf europäische Partner auszuweiten. Eine Beziehung, die von ideologischem Misstrauen sowie von souveränistischen Kalkülen geprägt wäre, könnte eine solche Motorfunktion nicht ausfüllen.

## NATO-Integration und Positionierung gegenüber Russland

### Ansätze des RN und der AfD

Zur NATO-Integration sowie zu Russland gibt es in beiden Parteien unterschiedliche Strömungen. In Frankreich zeigen sich die Differenzen entlang der Generationen: Bis in die 2010er Jahre waren enge Berater der damaligen Parteichefin Marine Le Pen von neurechten Ideen der 1970er Jahre beeinflusst, die sich aus dem klassischen französischen Antiamerikanismus speisten und Russland zugeneigt zeigten. Die neue Generation der RN-Parteiführung um den 30-jährigen Jordan Bardella hat mit dieser Linie gebrochen. Bardella sieht in der langen prorussischen Position seiner Partei einen Grund für die klare Wahlniederlage bei der Präsidentschaftswahl 2022, die in ihrer entscheidenden Phase wesentlich von der russischen Invasion der Ukraine beeinflusst wurde. Entsprechend ist Bardellas Umfeld Russland gegenüber weitaus kritischer eingestellt und setzt vor allem auf identitäre Themen, insbesondere den Kampf gegen illegale Zuwanderung und die „Islamisierung" Europas.

Geschlossener zeigt sich der RN in der Frage eines neuerlichen Austritts Frankreichs aus der militärischen Kommandostruktur der Allianz. Sobald der Ukraine-Krieg beendet ist, sieht die Partei den Zeitpunkt gekommen, die Verfügungsgewalt über die französischen Streitkräfte – wie sie es ausdrückt – wiederzuerlangen.

Gaullistische Ideen nehmen auch in Teilen des sicherheitspolitischen Establishments der AfD eine bedeutende Rolle ein. Insbesondere in der Arbeitsgruppe „Außenpolitik" der Partei wird de Gaulles Skepsis gegenüber dem europäischen Einigungsprozess, der NATO und dem Einfluss der USA in Europa aufgegriffen und die

**40** Étienne Dubslaff und Hans Stark, La politique étrangère de l'AfD entre désintégration à l'Ouest et partenariat à l'Est, in: Allemagne d'aujourd'hui, n° 247, 2024, S. 75–87.

**41** Victor Goury-Laffont, France's Bardella vows showdown over German influence in the EU, in: Politico, 27. April 2026, https://www.politico.eu/article/france-brdella-brussels-eu-showdown-priority-french-presidential-election/, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

„aggressive Expansion"[42] der Atlantischen Allianz nach Osteuropa kritisiert. Intern führt dies allerdings zu Kontroversen: In der Partei aktive ehemalige Bundeswehrsoldaten, die die NATO-Strukturen gut kennen und die NATO-Integration schätzen, treten dieser Position entgegen. Sie teilen auch die kritischen Positionen der NATO zu Russland. Mit der Bundestagswahl 2025 hat der innerparteiliche Richtungsstreit an Schärfe gewonnen. Öffentlich streiten nunmehr ein latent pro-russisches und ein pro-westlich/amerikanisches Lager um die außenpolitische Linie der Partei.

### Mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Beide Rechtsaußen-Parteien werden ihre ambivalenten Haltungen zu den USA und Russland kurzfristig nicht auflösen können. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen dürften zur Folge haben, dass Deutschland und Frankreich bei einer Regierungsbeteiligung von RN und AfD in den für die Sicherheitsarchitektur Europas relevanten Fragen wenig handlungsfähig sein werden. Ein Rückzug Frankreichs aus der militärischen Integration innerhalb der NATO würde die Allianz enorm schwächen und die Bemühungen zunichte machen, das Bündnis stärker europäisch auszugestalten. Die Ukraine müsste damit rechnen, dass sich Berlin und Paris nicht an der Sicherung eines möglichen Waffenstillstandes beteiligen.

## Fazit

Die Richtungskämpfe innerhalb der Parteien machen es schwer, konkrete Auswirkungen eines Wahlsiegs der AfD oder des RN auf die Außen- und Sicherheitspolitik Frankreichs und Deutschlands abzusehen. Bislang steht die Unklarheit der Parteilinien nennenswerten Interaktionen der deutschen und französischen Rechtsaußen-Parteien, auf denen eine strukturierte bilaterale oder europäische Vernetzung fußen könnte, im Wege. Dieser Befund bedeutet indes nicht, dass die bilaterale Zusammenarbeit in einem solchen Szenario beendet würde. Sie würde sich aber grundlegend verändern: Sie wäre weniger integrativ und beruhte weniger auf politischem Vertrauen; vielmehr wäre sie auf punktuelle, transaktionale und defensive Koordinationen beschränkt.

Eine Parallele zwischen Frankreich und Deutschland besteht darin, dass sich die jeweiligen Rechtsaußen-Parteien in ihrer Kritik an der von den Regierungen verfolgten Außen- und Sicherheitspolitik schwerer tun als in anderen Ländern. In Deutschland entsprechen die unter dem Begriff „Zeitenwende" seit 2022 eingeleiteten Prozesse an vielen Stellen langjährigen Forderungen der AfD. Dass deutsche Außenpolitik künftig wieder zuerst den nationalen Interessen dienen soll und der Verteidigungsminister mit Begriffen wie Kriegstüchtigkeit Debatten prägt, macht eine klare oppositionelle Abgrenzung für die AfD zur Herausforderung.

**42** Siehe z. B. Hagen Eichler, AfD-Politiker Tillschneider lobt in russischer Zeitung das Zerstückeln der Ukraine, in: Mitteldeutsche Zeitung, 2. Mai 2024, https://www.mz.de/mitteldeutschland/landespolitik/afd-politiker-till-schneider-lobt-in-russischer-zeitung-das-zerstuckeln-der-ukraine-3837073, zuletzt abgerufen am 28.07.2026.

Gleiches gilt in Frankreich für die Bemühungen Macrons und seiner Regierung, Frankreichs Führungsrolle in Fragen der Sicherheitspolitik zu behaupten. Zwar versucht die RN-Parteiführung regelmäßig, Initiativen Macrons als Ausverkauf der nationalen Interessen Frankreichs darzustellen – mit Blick auf Sicherheitsgarantien für die Ukraine und die Entsendung eigener Soldaten oder auf die Stärkung der „europäischen Dimension" der nuklearen Abschreckung Frankreichs. Im Kern entsprechen die Initiativen und das Bemühen um französische Führung in der Ausbildung europäischer Souveränität aber dem Selbstverständnis eines RN-geführten Frankreichs innerhalb Europas, insbesondere in den Kreisen um Bardella.

Besonders großes Konfliktpotenzial für das bilaterale Verhältnis hat die Verteidigungs- und vor allem die Rüstungspolitik. Zu erwarten ist, dass Frankreich im Falle einer Regierungsbeteiligung des RN mögliche neue Anläufe in der Rüstungskooperation ablehnt. Auch das Interesse an Austausch und Zusammenarbeit in strategischen Fragen dürfte gering sein. Besonders gravierend wäre ein Rückzug Frankreichs aus den integrierten NATO-Strukturen: Aus deutscher Sicht käme dieser einer Absage an europäische Rüstungsprojekte gleich, was vermutlich das Ende der angestrebten Autonomie Europas in Rüstungsfragen bedeuten würde.

In Frankreich sorgt die Tatsache, dass Deutschlands Verteidigungsausgaben bald doppelt so hoch sein werden wie diejenigen Frankreichs, bereits heute für Unbehagen. Zum Problem wird dieser Trend aus französischer Sicht dann, wenn Deutschlands Aufrüstung mit der Vorgabe, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas zu machen, vom ungebremsten Aufstieg einer Partei begleitet wird, die sich in Ostdeutschland mit dem Beschwören des Preußentums profiliert und deren Mitglieder offen eine Nuklearbewaffnung Deutschlands fordern.

## 4.2 Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Energie und Klima

Das Duo Berlin-Paris hat in den letzten Jahrzehnten das Fundament für gemeinsame europäische Initiativen in der Wirtschafts- und Finanz- sowie der Klima- und Energiepolitik gelegt. Die bilaterale Zusammenarbeit in diesen Bereichen wurde im Vertrag von Aachen festgeschrieben. Seit 1988 wird die Regierungszusammenarbeit über den gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsrat strukturiert. In den Finanzministerien begleitet eine deutsch-französische Arbeitseinheit die Zusammenarbeit. Mit dem Vertrag von Aachen wurde zudem der Deutsch-Französische Rat der Wirtschaftsexperten (FGCEE) als ständiges bilaterales Gremium eingerichtet. Im Rahmen der im Mai 2025 vorgelegten Deutsch-Französischen Wirtschaftsagenda hat dieses Feld zuletzt eine weitere politische Priorisierung erfahren.

Aufgrund des hohen Integrationsgrades im europäischen Binnenmarkt und der Währungsunion nehmen europäische Wirtschafts- und Finanzthemen auch bilateral einen wichtigen Raum ein. Dies kann die gesamteuropäische Kompromissbildung erleichtern, wie etwa in den Verhandlungen zum EU-Wiederaufbaufonds *NextGenerationEU* im Jahr 2020 zu sehen war.

### Wirtschafts- und Finanzpolitik

#### Ansätze von RN und AfD

In der Wirtschaftspolitik positioniert sich der RN einerseits mit Maßnahmen, die seine Kernwählerschaft ansprechen. Andererseits sollen die Vorschläge der Partei Befürchtungen in breiteren Wählerschichten zerstreuen, wobei zuletzt eine deutliche Intensivierung des Austausches mit Wirtschaftsvertreter*innen stattgefunden hat. Vor allem Jordan Bardella vertritt einen wirtschaftlich orthodoxen Kurs mit Maßnahmen, die Unternehmen entlasten (Auflagen und Abgaben) und die staatlichen Ausgaben ins Lot bringen sollen.[43] Marine Le Pen steht dagegen stärker für einen „sozialen Staat“: Ein wichtiges Anliegen ist ihr die Stärkung der Kaufkraft der unteren Einkommensschichten, etwa durch Erleichterungen bei der Mehrwertsteuer. Dabei ist unklar, ob dieses Versprechen über einzelne Maßnahmen mit Signalwirkung hinaus tatsächlich eingelöst würde.[44] Freihandelsabkommen steht die Partei skeptisch gegenüber; ihr besonderes Augenmerk gilt der französischen Landwirtschaft.

Fiskalpolitisch strebt der RN eine Reduzierung des hohen Schuldenstands Frankreichs an. Dazu beitragen soll ein drastisches Ausgabenkürzungsprogramm, wobei eine Senkung der staatlichen Funktionskosten einschließlich derjenigen für die Gebietskörperschaften sowie eine Bevorzugung französischer Staatsbürger*innen *(priorité nationale)* im Bereich der Sozialausgaben

**43** Siehe Bardellas Brief an die Unternehmer vom 3. September 2025, https://rassemblementnational.fr/lettre-ouverte/communique-de-jordan-bardella-2 sowie das aktualisierte Wirtschaftsprogramm der Partei „La France entreprend“, September 2024, https://rassemblementnational.fr/documents/WEB-GRN-LIVRET-ENTREPRISE.pdf, beides zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**44** So verdeutlicht etwa das Abstimmungsverhalten des RN beim Haushalt 2026, dass dieser im Vergleich zu den linken Parteien für einen deutlich liberaleren Kurs steht. Siehe Aurélie Blondel et al., Le RN est-il plutôt social ou libéral? Ce que révèlent ses votes sur la fiscalité des ultrariches et des entreprises, in: Le Monde, 19. Januar 2026.

wichtige Beiträge leisten sollen.[45] Zusätzliche Einnahmen für den Staat werden u. a. durch die systematische Bekämpfung von Betrug erwartet. Ob sich dies alles allerdings überhaupt realisieren lässt und die angenommene Wirkung hat, ist zweifelhaft, zumal das Zurückhalten von Sozialleistungen an Ausländer verfassungswidrig wäre.[46]

Die wirtschaftliche Grundausrichtung der AfD ist liberal und zielt auf den Rückbau des Staates sowie die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit bzw. der unternehmerischen Freiheit.[47] Dies soll in Form eines radikalen Rückbaus von staatlichen Vorgaben (Deregulierung, Entbürokratisierung) sowie umfänglicher (allerdings bislang nicht glaubhaft gegenfinanzierter) Steuersenkungen geschehen. Gleichzeitig lehnt die Partei „jedwede Aufweichung der Schuldenbremse entschieden" ab.[48]

Die AfD setzt sich für offene Märkte und die Stärkung des regelbasierten Welthandels ein. Es sind aber auch protektionistische Töne wahrnehmbar, die sich jüngst z. B. in der Ablehnung des EU-Mercosur-Abkommens ausdrückten. Die Partei setzt sich für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland ein und strebt „ausgewogene" Wirtschaftsbeziehungen zu den USA und China an.

**45** Für eine Aufschlüsselung siehe Le Contre-Budget du RN vom Oktober 2025, https://rassemblementnational.fr/documents/GRN-CONTRE-BUDGET-2026.pdf, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.
**46** Siehe die folgenden Analysen zum RN-Wahlprogramm 2024: Institut Montaigne, Législatives 2024 : RN – Synthèse des chiffrages, https://www.institutmontaigne.org/legislatives-2024/rassemblement-national/synthese/; Cercle des Economistes, Dix économistes alertent sur le projet du RN, in: Challenges n°832, 30. Mai 2024, https://lecercledeseconomistes.fr/wp-content/uploads/2024/06/832-Chal-Bardella-Cercle-Eco.pdf; Fondation ifrap, Le vrai coût du programme du Rassemblement National, 20. Juni 2024, https://www.ifrap.org/budget-et-fiscalite/le-vrai-cout-du-programme-du-rassemblement-national, alle zuletzt abgerufen am 15.07.2026.
**47** AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.
**48** Ebd., S. 54.

Industriepolitische Interventionen (etwa Subventionen für einzelne Sektoren) sowie die nachfrageseitige Unterstützung (wie beim Kauf von E-Autos oder Wärmepumpen) sieht die Partei kritisch. Vereinzelt finden sich dennoch wirtschaftspolitische Hinweise auf strategische (nationale, teils sogar europäische) Autonomie, etwa im Digitalbereich, bei der Technologieförderung oder zum Schutz der heimischen Industrie vor ausländischen Investoren.

## Mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Prinzipiell sind (privat-)wirtschaftliche Formen der Vernetzung, des Austausches, der Begleitung beim Marktzugang im Nachbarland und der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich nicht unmittelbar von der politischen Ausrichtung der Exekutive betroffen. Die mit einer Regierungsbeteiligung von RN und/oder AfD verbundene Unsicherheit würde allerdings das Investitionsklima eintrüben. Privatwirtschaftliche Investitions- und Kooperationsentscheidungen könnten aufgeschoben werden. Das wirtschaftliche Interesse aneinander, das durch die politische Zusammenarbeit positiv bestärkt werden kann, könnte nachlassen.

Der Luft-, Rüstungs- und Raumfahrtkonzern Airbus wird zwar von Marine Le Pen als positives Beispiel für innereuropäische Kooperation genannt. Es ist allerdings vorstellbar, dass Frankreich unter einer Regierung mit RN-Beteiligung bilateral eher mit Ländern kooperiert, deren Regierungen eine größere politische Nähe zu Rechtsaußen-Parteien aufweisen. So schlägt ein RN-Papier Kooperationsprojekte im Bereich KI vor, wobei als mögliche Partner die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Italien, nicht aber Deutschland genannt werden.[49]

**49** Groupe Rassemblement National, Les enjeux de l'intelligence artificielle, https://back.deputes-rn.fr/wp-content/uploads/2025/02/WEB-GRN-LIVRET-IA.pdf, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

Von herausragender Bedeutung für das Klima der deutsch-französischen Regierungszusammenarbeit insgesamt dürfte im Falle einer Regierungsbeteiligung des RN die französische Haushaltslage sein. Für das Jahr 2026 wird erwartet, dass der Schuldenstand 118 % der Wirtschaftsleistung erreicht; das anvisierte Defizit liegt bei 5 %, die Zinslast wird auf 63,6 Mrd. € geschätzt.[50] Um die Staatsfinanzen bis 2032 (bei einem Schuldenstand von dann 124 % des BIP) zu stabilisieren, sind bis 2032 Einsparungen von mindestens 112 Mrd. € nötig.[51]

Zwar setzt sich der RN für einen Sparkurs ein – 100 Mrd. € innerhalb von fünf Jahren wurden genannt. Eine Überschätzung der Einsparpotenziale und Unterschätzung der Kosten neuer Maßnahmen, internationale Krisen und eine schwächelnde Konjunktur können allerdings zu weiter steigenden Defiziten, einer (weiteren) Verschlechterung des Ratings und damit höheren Zinskosten führen, was sich auch auf die Kreditkonditionen von Unternehmen und Haushalten auswirken würde. Auch wenn die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) heute institutionell deutlich besser auf derartige Szenarien vorbereitet ist, kann eine neuerliche Verschuldungskrise mit Ansteckungsrisiken für andere europäische Länder nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Setzte sich Deutschland im Hinblick auf die fiskalische Lage Frankreichs für einen harten Kurs ein, würden Marine Le Pen und ihr Umfeld vermutlich verbal „aufrüsten“ und in die von ihr bekannte Anti-Deutschland-Rhetorik verfallen. Im Verhältnis zueinander birgt eine solche Dynamik erhebliches Eskalationspotenzial, das die Regierungszusammenarbeit insgesamt zum Erliegen bringen könnte. Schon in der Vergangenheit hat Marine Le Pen immer wieder gegen das angebliche deutsche Diktat gewettert. Umgekehrt hat sich die AfD bereits kritisch mit der französischen Staatsverschuldung auseinandergesetzt.[52]

Die AfD setzt sich zwar für einen rigorosen Stabilitätskurs ein, hat aber anlässlich der letzten Bundestagswahl ein Programm vorgelegt, das großzügige Steuersenkungen vorsah, ohne dass diese glaubhaft gegenfinanziert gewesen wären.[53] Die fiskalischen Auswirkungen einer AfD-Regierungsbeteiligung sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer einzuschätzen. Angesichts der besonderen Rolle, die Deutschland als Stabilitätsanker und größter Volkswirtschaft der Eurozone zukommt, würde die Situation von französischer Seite zweifelsohne sehr aufmerksam verfolgt, nicht zuletzt aufgrund erwartbarer Auswirkungen auf die eigenen Refinanzierungsbedingungen.

## Klima- und Energiepolitik

### Ansätze von RN und AfD

Der RN erkennt zwar den menschengemachten Klimawandel an und behauptet, die Ziele des Pariser Abkommens einhalten zu wollen. Er fordert aber eine „französische Lösung“, um die Pariser Ziele im eigenen Tempo und ohne „unzumutbare Eingriffe in das Verhalten der Bürger“ zu erreichen.[54] Die Partei argumentiert, es sei trotz der historischen Klimaverantwortung der Industrieländer nicht Sache der Franzosen, „für die Fehler anderer zu zahlen“.

**50** Ministère de l'Économie, des finances et de la souveraineté industrielle, énergétique et numérique, Rapport d'avancement annuel 2026, 22. April 2026, https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2026/04/22/publication-du-rapport-d-avancement-annuel-2026?, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**51** Auclert, Adrien et al., Comment stabiliser la dette publique?, Focus du Conseil d'analyse économique n°124, Oktober 2025.

**52** Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage der Fraktion der AfD, Drucksache 21/3122, 4. Dezember 2025, https://dserver.bundestag.de/btd/21/031/2103122.pdf, zuletzt abgerufen am 16.07.2026.

**53** Matthias Diermeier et al., Rechtsaußen-Erstarken in Deutschland: Implikationen für den Wirtschaftsstandort, Gutachten im Auftrag von Vielfalt ist Zukunft, Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft, 18. Februar 2025.

**54** Projet pour la France de Marine Le Pen, L'Écologie, 2022, https://rassemblementnational.fr/documents/projet/projet-lecologie.pdf, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

In den nationalen Haushaltsdebatten 2025[55] hat der RN seine Prioritäten im Bereich Klima und Energie deutlich gemacht: Entgegen den Empfehlungen des Hohen Klimarats will die Partei die Anreize für grüne Fahrzeugflotten streichen, die energetischen Sanierungsvorgaben für Gebäude lockern und die Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien abschaffen. Im Stromsektor setzt der RN ausschließlich auf Atomkraft und fordert, erneuerbare Energien nicht weiter zu subventionieren.

Auf EU-Ebene führt der RN einen, wie Jordan Bardella es 2026 in einem Interview formulierte, „politischen Kampf gegen den Green Deal“[56], wirft der EU vor, zu weit zu gehen[57], und will die ökologischen Auflagen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) abschaffen. Bis vor kurzem forderte der RN den Austritt aus dem europäischen Strommarkt. Infolge der Krise an der Straße von Hormus ruderte die Partei allerdings zurück und argumentierte, sie wolle lediglich die Regeln zur Preisgestaltung zugunsten der Franzosen neu verhandeln.[58] Dabei wird bewusst übersehen, dass die französischen Strompreise bereits zu den niedrigsten in Europa zählen.[59]

Die AfD bestreitet den menschengemachten Klimawandel[60] und fordert den Austritt Deutschlands aus dem Pariser Klimaabkommen[61]. Sie lehnt die Klimapolitik auf nationaler und europäischer Ebene kategorisch ab. Die Partei will das Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen, Energiesteuern senken, auf Kohle- und Atomkraft setzen sowie die Nord-Stream-Pipelines reparieren, um wieder russisches Gas zu beziehen. In den Sektoren Gebäude und Verkehr will die AfD Energieeffizienzvorschriften lockern und die Nutzung von Verbrennermotoren erhalten.[62] Auf EU-Ebene verwirft die AfD das Fit-for-55-Paket, das die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % senken soll, als „ökosozialistische Umverteilung“ des Vermögens deutscher Steuerzahler auf EU-Ebene.[63]

Beide Parteien lehnen die Anwendung des Verursacherprinzips vehement ab. Ihre jeweiligen Fraktionen im Europäischen Parlament haben konsequent gegen alle Versuche gestimmt, fossile Brennstoffe zu besteuern – ob durch eine Steuer auf Flugbenzin für Privatjets oder die Abschaffung der Kerosinsteuerbefreiung im Luftverkehr.

**55** Conférence de Presse RN, Contre Budget, 23. Oktober 2025, https://rassemblementnational.fr/documents/GRN-CONTRE-BUDGET-2026.pdf, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**56** Michaela Wiegel und Niklas Záboji, Bardella im Interview, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Mai 2026, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wir-werden-nationales-recht-ueber-europarecht-stellen-jordan-bardella-von-rassemblement-national-accg-200822399.html, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**57** Siehe dazu die ausführlichen Sitzungsberichte des Europäischen Parlaments vom 7. Juni 2022, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-06-07-ITM-002_FR.html, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**58** Louis Mollier-Sabet, Marché européen de l'électricité: sortie ou réforme? Les paradoxes de la normalisation du RN, in: Public Sénat, 23. April 2026, https://www.publicsenat.fr/actualites/politique/marche-europeen-de-lelectricite-sortie-ou-reforme-les-paradoxes-de-la-normalisation-du-rn, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**59** European Energy Exchange AG, Market Data Hub, https://www.eex.com/en/market-data/market-data-hub, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**60** AfD, Energie-Umwelt-Klima, 19. Juni 2017, https://www.afd.de/energie-umwelt-klima/, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**61** AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025, S. 79, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

**62** Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktion der AfD, Keine weitere Wohnkostenbelastung – EU-Gebäuderichtlinie stoppen, Drucksache 20/9305, 14. November 2023, https://dserver.bundestag.de/btd/20/093/2009305.pdf; Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktion der AfD, Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie schützen, Drucksache 20/12969, 24. September 2024, https://dserver.bundestag.de/btd/20/129/2012969.pdf, beide zuletzt abgerufen am 01.10.2026.

**63** AfD-Wahlprogramm anlässlich der Europawahl 2024, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/12/AfD_EW_Programm_2024.pdf, zuletzt abgerufen am 17.07.2026.

### Mögliche Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung

Paris und Berlin haben das Pariser Klima-Abkommen und dessen Umsetzung auf EU-Ebene entscheidend geprägt. Frankreich und Deutschland sind als zentrale Akteure des europäischen Strommarkts unverzichtbar für dessen Integration, auch wenn ihre unterschiedlichen Energiemixe oft zu Uneinigkeit in der EU-Energie- und Industriepolitik führten. Seit über 20 Jahren fördert das Deutsch-Französische Büro für die Energiewende den Fortschritt der Energiewende durch Know-how-Transfer und die Vernetzung der Akteure beider Länder. Viele dieser Errungenschaften wären gefährdet, wenn die AfD oder der RN an die Macht kämen. Die Klimapolitik von RN und AfD – oder deren Fehlen – steht im vollständigen Widerspruch zu den Empfehlungen des französischen Hohen Klimarats und des deutschen Expertenrats für Klimafragen. Angesichts der Tatsache, dass Frankreich und Deutschland gemeinsam ein Viertel der EU-Emissionen verursachen, würde durch eine Regierungsbeteiligung der Rechtsaußen-Parteien das Erreichen der EU-Klimaziele noch schwieriger werden.

Die derzeitigen bilateralen Bemühungen zur grenzüberschreitenden Integration der Energiemärkte würden voraussichtlich gestoppt, ebenso wie der Ausbau erneuerbarer Energien. Dies würde die Abhängigkeit Europas vom Import fossiler Brennstoffe und die damit verbundenen Kosten erhöhen. Deutsch-französische Initiativen wie H2Med (unter der Mitwirkung von Spanien und Portugal), HY-FEN (jeweils Wasserstoff), Battery Booster oder HIPOBAT (Batterien) stünden infrage, mit langfristigen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrien. Durch die Rückverlagerung der Klima- und Energiepolitik auf die nationale Ebene würde eine RN- oder eine AfD-Regierung die Fragmentierung des Binnenmarkts vorantreiben und die Verwundbarkeit gegenüber internationaler Konkurrenz vergrößern – zumal Großmächte wie China und Indien massiv in die Dekarbonisierung investieren. Ohne Subventionen für Gebäudesanierung oder Elektroautos wären die Haushalte den Preisschwankungen fossiler Brennstoffe bei geopolitischen Krisen ausgeliefert.

Unabhängig von den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen auf nationaler Ebene würde die Präsenz von RN und/oder AfD im Europäischen Rat die qualifizierte Mehrheit für Klimabeschlüsse untergraben. Da Frankreich ebenso wie Deutschland Nettozahler in der EU ist, hätte ein*e RN-Präsident*in die Verhandlungsmacht, Umweltauflagen im nächsten EU-Haushalt, dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2028–2034, abzuschwächen oder gar abzuschaffen.[64] Schließlich würde der klimapolitische Multilateralismus weiter schwer erschüttert, wenn nach den USA nun auch Frankreich oder Deutschland die internationale Zusammenarbeit in der Klimawissenschaft, dem Klimaschutz und der Bewältigung der Folgen der Klimakrise untergrüben.

## Fazit

Wie in anderen Bereichen könnte die bilaterale Regierungszusammenarbeit in Bezug auf Wirtschaft, Klima, Energie und Finanzen erheblich erschwert werden, mit Auswirkungen auch auf die Arbeitsebene in der Verwaltung. Leiden dürften dann auch die vielfältigen politisch lancierten Konsultations- und Austauschformate auf fachlicher Ebene wie die Konsultationen zum Thema Risikokapital (FIVE Report)[65], die Task Force digitales Finanzwesen sowie einordnende Stellung-

**64** Dies gälte dann, wenn die MFR-Verhandlungen bis zu den französischen Präsidentschaftswahlen 2027 noch nicht abgeschlossen sind. Dieses Szenario ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen.

**65** Bundesministerium der Finanzen, Abschlussbericht der FIVE-Taskforce: Financing Innovative Ventures in Europe, 19. Januar 2026, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Europa/abschlussbericht-five-taskforce.html, zuletzt abgerufen am 15.07.2026.

nahmen des Deutsch-Französischen Rats der Wirtschaftsexperten, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Derartige Initiativen führen zwar nicht immer zu unmittelbaren Resultaten, können aber zum gegenseitigen Verständnis beitragen und zur Grundlage für politisch getragene Initiativen bilateral und auf gesamteuropäischer Ebene werden.

Eine Fortführung gemeinsamer Initiativen dürfte vor allem dann möglich sein, wenn die tragenden Institutionen oder Nutznießer ein eigenes Interesse hieran haben und die Kooperation nicht unmittelbar von Regierungsprioritäten abhängig ist. Dies könnte für einige der zuletzt politisch flankierten Formen der unternehmerischen Zusammenarbeit der Fall sein (KI, Quantencomputing). Möglicherweise wäre eine solche Kooperation sogar zwischen einzelnen Behörden weiterhin möglich, wenn der Dialog gut etabliert ist. Auch der Austausch an der Schnittstelle von Forschung und Anwendung, wie die Dialoge zur Zukunft der Industrie, könnte dank guter Verbindungen der tragenden Institutionen bei entsprechendem Engagement eine gewisse politische Durststrecke überstehen. Der Blick auf vergangene politisch lancierte Initiativen in den Bereichen Wirtschaft und Klima verdeutlicht aber, dass gemeinsame Initiativen in vielen Fällen an Dynamik verlieren, wenn die politische Priorisierung nachlässt. Zudem würde voraussichtlich weniger in nachhaltige Geschäftsmodelle und Innovationen investiert.

Wegfallen dürfte bei einer Regierungsbeteiligung von Rechtsaußen-Parteien insbesondere die deutsch-französische „Motorrolle“ für die EU. Gerade in handels-, finanz-, klima- und wirtschaftspolitischen Fragen gelang es in der Vergangenheit immer wieder, Gegensätze und divergierende Prioritäten in konstruktive Kompromisse zu überführen, wenn Deutschland und Frankreich allen Divergenzen zum Trotz an ihrem privilegierten bilateralen Dialog – teils erweitert um andere Partner – festhielen. Würde dies entfallen, wären ganz unmittelbar die kontinuierlichen, wenn auch in ihren Fortschritten zähen, deutsch-französischen Bemühungen um eine Vertiefung der Kapitalmarktunion (auch Sparer- und Investitionsunion) betroffen. Auch hinsichtlich der nötigen fiskalpolitischen Entscheidungen dürfte das Ausbleiben deutsch-französischer Koordinierung folgenreich sein.

Maßgeblichen Einfluss auf den Gesamtkontext der Zusammenarbeit dürfte die Frage haben, inwiefern RN und/oder AfD im Hinblick auf die Unsicherheit, die ihre Regierungsbeteiligung unweigerlich mit sich bringen würde, beruhigende Signale in Richtung Wirtschaft und Finanzmärkte senden. Hätte dies hohe Priorität oder wäre der situative Druck etwa durch die Finanzmärkte hoch, würde dies in erster Linie das vor allem in Frankreich vorhandene Potenzial begrenzen, sich in Wirtschafts- und Finanzfragen gegen die EU zu stellen. Gleichzeitig kann im Hinblick auf die fiskalische Situation Frankreichs eine eskalierende Dynamik nicht ausgeschlossen werden, die zwischen Deutschland und Frankreich zu Konfrontation statt Kooperation führen, Risiken für die Eurozone bergen und bedeuten würde, dass beide Länder als Führungsgespann in Europa ausfallen.

# 5. Ausblick: Gefahr der Erosion des Fundaments der deutsch-französischen Freundschaft

Die vorangegangenen Kapitel zeigen, dass eine Regierungsbeteiligung von Rechtsaußen-Parteien in Deutschland und/oder Frankreich grundlegende Auswirkungen auf die deutsch-französische Zusammenarbeit hätte. Es ist davon auszugehen, dass der Acquis der Zusammenarbeit, der auf dem Elysée-Vertrag gründet und seither stetig weiterentwickelt wurde, an zentralen Stellen in Frage gestellt würde. Schritt für Schritt würde es zu einer funktionalen Schwächung und Entkernung der deutsch-französischen Zusammenarbeit kommen.

Die Studie macht deutlich, dass es sowohl zwischen RN und AfD als auch innerhalb dieser beiden Parteien teils recht unterschiedliche Positionen und Konzepte gibt. Das gilt insbesondere für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Blick auf die Beziehungen zu Russland und den USA oder auch für die Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Rolle des Staates und die Priorisierung einzelner Politikziele wie Wettbewerbsfähigkeit oder soziale Absicherung. Jedoch darf nicht vergessen werden, dass populistisch agierende Rechtsaußen-Parteien – wie Beispiele aus anderen Ländern zeigen – ihre Strategien und ihren Kurs rasch ändern können, wenn sie sich davon Vorteile versprechen. Wenn es die politische Lage, institutionelle Zwänge oder andere Faktoren erfordern, werden Parteiprogramme und Grundsatzreden häufig ignoriert.

Dennoch lassen sich Trends absehen, mit denen im Falle einer Regierungsbeteiligung von RN und/oder AfD hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen in den kommenden Jahren gerechnet werden muss.

## Fundamentale Veränderungen in der bilateralen Kooperation

Formal werden die bestehenden Kooperationsmechanismen auf nationaler Ebene voraussichtlich bestehen bleiben. Obwohl beide Rechtsaußen-Parteien den Aachener Vertrag stark kritisiert haben, ist unwahrscheinlich, dass eine Regierung mit RN- oder AfD-Beteiligung auf eine – völkerrechtlich schwierige – Aufkündigung des Vertrages hinarbeiten würde. Formate wie der Deutsch-Französische Ministerrat und die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung dürften jedoch an Bedeutung einbüßen. Der seit langem etablierte Beamtenaustausch könnte ebenfalls leiden, da er Vertrauen zwischen den Regierungsakteuren voraussetzt.

Besonders die zivilgesellschaftliche und sub-nationale Zusammenarbeit dürfte deutlich geschwächt werden. Kürzungen von Fördermitteln und/oder stärkere politische Einflussnahme würden sich negativ auf ihre Aktivitäten auswirken. Im Fokus beider Parteien stehen dabei der Forschungs-, Jugend- und Medienbereich. Von der sub-staatlichen Ebene der Zusammenarbeit könnte aber auch eine Gegenbewegung ausgehen: Viele Städte- und Regionalpartnerschaften sind über die Jahre ebenso gewachsen wie die persönlichen Beziehungen zwischen beiden Seiten. Sie könnten, sofern sie nicht ebenfalls von den Rechtsaußen-Parteien dominiert werden, einer Einflussnahme durch den RN und die AfD widerstehen und auf die deutsch-französischen Beziehungen eine stabilisierende Wirkung haben.

In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik müsste mit einem deutlichen Vertrauensverlust gerechnet werden. Schon in den letzten Jahren deutete sich an, dass Deutschland und Frankreich trotz aller krisenbedingten Notwendigkeiten nur bedingt gemeinsam handlungsfähig waren. Dieser Trend würde sich bei einer Regierungsbeteiligung von RN oder AfD vermutlich deutlich beschleunigen. In der Rüstungspolitik hätten gemeinsame Projekte kaum noch eine Zukunft; in der NATO-Politik steckte erhebliches Konfliktpotenzial. Der Prozess der Herausbildung einer stärkeren „strategischen Souveränität“ Europas würde voraussichtlich zum Erliegen kommen. Die Unterstützung der Ukraine sowie deren Annäherung an die EU gerieten

ernsthaft in Gefahr, und eine Wiederannäherung an Russland würde wahrscheinlicher.

Auch in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Energie und Klima muss damit gerechnet werden, dass der bilaterale Austausch an Intensität verliert. Dies betrifft vor allem die politisch getragenen Formen der Zusammenarbeit, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien. Zudem könnte die Unsicherheit, die eine Regierungsbeteiligung von Rechtsaußen voraussichtlich mit sich brächte, das Investitionsklima so eintrüben, dass auch privatwirtschaftliche Investitions- und Kooperationsentscheidungen aufgeschoben würden. Besondere Bedeutung für das Gesamtklima der deutsch-französischen Beziehungen kommt im Falle einer Regierungsbeteiligung von Rechtsaußen der Frage zu, wie die Regierungen beider Länder mit ihren begrenzten fiskalischen Handlungsspielräumen und insbesondere mit Frankreichs hoher Staatsverschuldung umgehen. Wenn nicht beide Seiten mit viel Weitblick und Augenmaß vorgehen, besteht aufgrund der starken Interdependenzen innerhalb der Währungsunion erhebliches Konfliktpotenzial. Dies gälte unabhängig davon, ob Rechtsaußen-Parteien nur in einem oder in beiden Ländern Teil der Regierung sind.

## Verlust der Motorrolle Deutschlands und Frankreichs in Europa

Nicht nur die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen wären von einer Rechtsaußen-Regierungsbeteiligung erheblich betroffen. Auch in Bezug auf Europa könnte der deutsch-französische Motor zum Erliegen kommen.

RN und AfD lehnen mit ihrer Vorstellung eines „Europas der souveränen Nationen“ den europäischen Integrationsprozess in seiner bisherigen Logik ab. Beide sind für geringere Beitragszahlungen an die EU, gegen gemeinsame Verschuldung und Besteuerung sowie für eine Rückführung von Kompetenzen auf die nationale Ebene. Auch dem digitalen Euro stehen beide skeptisch gegenüber. Der RN hat den Austritt aus dem Euro und der EU mittlerweile aus dem Programm gestrichen, aber weitreichende Änderungsvorschläge in Bezug auf das Mandat der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Rolle der Europäischen Kommission vorgelegt. Zugleich will er mit der EZB über niedrigere Zinskosten oder den Aufkauf französischer Staatsanleihen im Gegenzug zu Sparmaßnahmen verhandeln.[66] Die AfD pocht auf eine Rückkehr zur D-Mark. Im Hinblick auf einen Austritt Deutschlands aus der EU („Dexit“) schlug die Parteivorsitzende Alice Weidel ein Referendum vor.

Selbst für den Fall, dass AfD und RN ihre weitreichenden Forderungen zur EU und dem Euro nicht mit Nachdruck verfolgen, muss im Fall ihrer Regierungsbeteiligung mit dem weitgehenden Ausfall des deutsch-französischen „Motors“ gerechnet werden. Anders als in der Vergangenheit werden beide Länder dann keine wichtigen Weichen mehr in Richtung einer Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union stellen. Auch wenn punktuelle deutsch-französische Impulse zu europäischen Reformprojekten (etwa Bürokratieabbau) vorstellbar bleiben, wird es keine deutsch-französischen Initiativen zur Weiterentwicklung in Kernbereichen einst nationalstaatlicher Souveränität geben. Das gilt für den Verteidigungsbereich ebenso wie für den Kapitalmarkt oder im Hinblick auf den EU-Haushalt (Stichwort Fiskal-

**66** Dahingehend äußerten sich etwa Jordan Bardella und der RN-Abgeordnete Jean-Philippe Tanguy Ende 2025, siehe Eric Albert/Clément Guillou, « Ouvrir une discussion avec la BCE » sur la dette française : les dessous de l'incertain projet de Jordan Bardella, in: Le Monde, 1. Dezember 2025, https://www.lemonde.fr/politique/article/2025/12/01/ouvrir-une-discussion-avec-la-bce-sur-la-dette-francaise-les-dessous-de-l-incertain-projet-de-jordan-bardella_6655537_823448.html, zuletzt abgerufen am 01.09.2026.

union). In der Klima- und Energiepolitik könnten der RN oder die AfD versuchen, eine qualifizierte Mehrheit für gemeinsame Beschlüsse der EU zu verhindern, mit weitreichenden Folgen für das Erreichen der EU-Klimaziele und die Glaubwürdigkeit der EU in internationalen Verhandlungen. Auch die Umsetzung der Pläne zur Erweiterung der EU würden in weite Ferne rücken. Beide Parteien haben sich wiederholt gegen die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU ausgesprochen.

Die deutsch-französischen Beziehungen sind bereits unter den aktuell regierenden Akteuren keineswegs immer reibungslos. Bei einer Regierungsbeteiligung von RN und/oder AfD ist jedoch davon auszugehen, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler als auch auf europäischer Ebene erheblich beeinträchtigt wird. Dies ist angesichts der innen- und außenpolitischen Herausforderungen, mit denen sich Deutschland und Frankreich konfrontiert sehen, ein höchst problematisches Szenario. Beide Länder müssen ihr Wirtschaftswachstum und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, den Sicherheitsbedrohungen von Seiten Russlands, Chinas, des Iran und anderer Akteure effektiv entgegentreten und den Klimawandel und seine Auswirkungen bekämpfen. Dies kann nur gemeinsam geschehen.

Langfristig kann eine solche Regierungsbeteiligung diesseits und/oder jenseits des Rheins noch viel tiefgreifendere Folgen haben. Das Vertrauen, das die deutsch-französischen Beziehungen heute trotz aller politischen Differenzen trägt, musste über Jahrzehnte erarbeitet werden. Wenn die bestehenden Institutionen ausgehöhlt werden und die Akteure auf beiden Seiten nicht mehr regelmäßig miteinander sprechen, besteht die Gefahr, dass das Fundament der deutsch-französischen Freundschaft erodiert. Eine solche Entwicklung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich wäre für ganz Europa besorgniserregend, da sie nicht nur die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern selbst, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit Europas insgesamt gefährden könnte.

# Die Mitglieder der Arbeitsgruppe

**Etienne Dubslaff** ist *Maître de conférences* für deutsche Zeitgeschichte an der Universität Paris-Nanterre.

**Marion Guénard** ist Referentin für EU-Klimapolitik und deutsch-französische Klimazusammenarbeit bei Germanwatch e. V.

**Julie Hamann** ist Policy Officer, European and Multilateral Affairs bei der Kultusministerkonferenz.

**Henriette Heimbach** ist Politikwissenschaftlerin.

**Eileen Keller** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutsch-Französischen Institut (dfi) und dort zuständig für den Arbeitsbereich „Wirtschaft".

**Ronja Kempin** ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

**Tobias Koepf** ist Projektleiter im Bereich „Europäischer Dialog – Europa politisch denken" der Stiftung Genshagen.

**Martin Koopmann** ist Geschäftsführender Vorstand der Stiftung Genshagen.

**Bénédicte Laumond** ist *Maîtresse de conférences* für Politikwissenschaft an der Universität Versailles-Saint-Quentin-en-Yvelines und Forscherin am Centre de recherches sociologiques sur le droit et les institutions pénales (CESDIP).

**Paul Maurice** ist Generalsekretär des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) am Institut français des relations internationales (Ifri).

**Guillaume Ohleyer** war bis Ende August 2026 Projektleiter im Bereich „Europäischer Dialog – Europa politisch denken" der Stiftung Genshagen.

**Jacob Ross** arbeitet als Research Fellow für die deutsch-französischen Beziehungen bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

**Sabine von Oppeln** ist Politikwissenschaftlerin und ehemals Akademische Rätin an der Freien Universität Berlin.

**Nele Katharina Wissmann** ist Beauftragte für Analyse, Bilaterale und Europäische Angelegenheiten im Auslandsbüro Frankreich der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Paris.

# **Stiftung Genshagen**
# Deutschland, Frankreich und Polen für Europa

**Die Stiftung**

Die Stiftung Genshagen ging aus dem Berlin-Brandenburgischen Institut (BBi) für deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa e.V. hervor, das im Jahr 1993 vom Historiker Prof. Dr. Rudolf von Thadden und der späteren Beraterin des Kanzleramts Brigitte Sauzay gegründet wurde. 2005 wurde das BBi in eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts umgewandelt. Stifter sind der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und das Land Brandenburg.

**Profil**

Die Stiftung Genshagen ist ein Ort der europäischen Begegnung. Im Fokus ihrer Arbeit steht neben den deutsch-französischen und den deutsch-polnischen Beziehungen das Weimarer Dreieck. Die Stiftung verfolgt das Ziel, Europa in seiner kulturellen Vielfalt, politischen Handlungsfähigkeit, sozialen Kohärenz und wirtschaftlichen Dynamik zu stärken. Sie arbeitet an der Schnittstelle zwischen Kultur und Politik und organisiert in den Arbeitsbereichen Kunst- und Kulturvermittlung in Europa und Europäischer Dialog – Europa politisch denken Tagungen, Seminare, Workshops, Residenzen und Jugendprojekte. Begegnung, Erfahrungsaustausch, kontroverse Diskussion und Netzwerkbildung sowohl für die junge Generation als auch für Expert*innen aus Kultur, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft stehen im Mittelpunkt ihrer Projekte. Abseits und doch in erreichbarer Nähe der Hauptstadt Berlin gelegen, bietet die Stiftung einen idealen Rahmen für konstruktiven Dialog und entspannte Gespräche in Schloss und Park. Unterschiedliche Perspektiven werden zusammengeführt, neue Entwicklungspfade für das europäische Projekt skizziert.

**Europäischer Dialog – Europa politisch denken**

Das Ziel des Arbeitsbereichs „Europäischer Dialog – Europa politisch denken" ist es, den politischen und gesellschaftlichen Dialog im Weimarer Dreieck zu stärken und damit zur Entwicklung gemeinsamer Perspektiven für die Zukunft der Europäischen Union und Europas beizutragen. Dies geschieht auf der Basis der gemeinsamen europäischen Werte von Demokratie, Rechtsstaat und der Achtung der Menschenwürde. Mehr als 35 Jahre nach dem Ende der Teilung Europas steht das europäische Projekt vor existenziellen Herausforderungen. Massiver Druck von innen wie von außen gefährdet den langfristigen Zusammenhalt der Union und ihre liberale Grundordnung. Frankreich, Polen und Deutschland als großen EU-Mitgliedern in der Mitte Europas kommt die besondere Verantwortung zu, die Grundpfeiler europäischer Integration – Frieden, Freiheit und Wohlstand – zu sichern und zu stärken. In enger Abstimmung mit den Partnerländern gilt es, das Ziel europäischer Souveränität fest in den Blick zu nehmen. Im Europäischen Dialog organisieren wir Begegnungen und Austausch zwischen Expert*innen, Entscheidungsträger*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft vorwiegend aus den Ländern des Weimarer Dreiecks. In vielfältigen Projektformaten kommen unterschiedlichste Stimmen und Positionen zu Gehör und wird an inhaltlichen Schnittmengen, politischen Lösungen und neuen Ideen für Europa und die Zukunft der europäischen Integration gearbeitet.

**Die Genshagener Papiere**

Die Genshagener Papiere widmen sich europapolitischen Themen im Allgemeinen sowie der bi- und trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen. Ziel dieser Reihe ist, die Ergebnisse der Stiftungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch das flexible Publikationsformat umfasst die Reihe ebenso an Politikfeldern orientierte wie stärker essayistisch und wissenschaftlich ausgerichtete Texte. Autor*innen sind sowohl etablierte als auch jüngere Wissenschaftler*innen, europapolitische Expert*innen und Journalist*innen. Die Genshagener Papiere erscheinen mehrmals pro Jahr, sind online zugänglich und liegen teilweise auch in gedruckter Form vor.

# Liste der vorherigen Publikationen in der Reihe der Genshagener Papiere

Guillaume Ohleyer (ed.)
**Youth Voting in Key Elections in France, Poland and Germany (2024–25)**
Genshagener Papier N° 33, 08/2026. (DE) (FR) (PL) (EN)

Florent Marciacq; Theresia Töglhofer (eds.)
**Enlarging the Union, consolidating democracy – which role for the Weimar Triangle?**
Genshagener Papier N° 32, 10/2024. (EN)

Augere, Marie (ed.)
**A National Moment of European Democracy: The 2024 European Elections in France, Poland and Germany and Their Consequences**
Genshagener Papier N° 31, 09/2024. (DE) (FR) (PL) (EN)

Koepf, Tobias; Koopmann, Martin (eds.)
**5 Jahre Aachener Vertrag: Eine Zwischenbilanz**
Genshagener Papier N° 30, 12/2024. (DE)

Koepf, Tobias; Koopmann, Martin; Töglhofer, Theresia (Hrsg.)
**Endlich zusammen für Europa? Frankreich und Deutschland nach den Wahlen**
Genshagener Papier N° 29, 12/2023. (DE) (FR)

Koepf, Tobias; Koopmann, Martin; Töglhofer, Theresia (Hrsg.)
**30 Jahre Weimarer Dreieck: Idee von gestern oder Konzept für morgen?**
Genshagener Papier N° 28, 11/2021. (DE) (FR) (PL)

Marciacq, Florent; Żornaczuk, Tomasz
**Towards more cohesion in EU enlargement policy – tapping the potential of the Weimar Triangle**
Genshagener Papier N° 27, 03/2021. (EN)

Koepf, Tobias; Koopmann, Martin; Töglhofer, Theresia; Windwehr, Jana (Hrsg.)
**Acting European? The European Union and the Weimar Triangle in the Coronavirus Crisis**
Genshagener Papier N° 26, 11/2020. (EN)

Kundnani, Hans; Kuź, Michał
**The Weimar Triangle and the future of the West**
Genshagener Papier N° 25, 09/2020. (EN)

Heurtaux, Jérôme; Tulmets, Elsa; Zerka, Pawel
**The Third Side of the Weimar Triangle: Franco-Polish Relations in the Trilateral Context**
Genshagener Papier N° 24, 04/2020. (EN)

Grünhagen, Freya; Koepf, Tobias (eds.)
**The changing global order – Which role for the European Union?**
Genshagener Papier N° 23, 10/2019. (EN)

Reynié, Dominique
**Auflösung des politischen Systems und Herausforderung Europa: die Präsidentschaft von Emmanuel Macron am Scheideweg (Décomposition du système politique et l'Europe comme enjeu: la présidence d'Emmanuel Macron fin 2018)**
Genshagener Papier N° 22, 03/2019. (DE) (FR)

Karolewski, Ireneusz P.:
**Deutschland, Polen und Europa. Eine Erfolgsgeschichte in der Bewährungsprobe**,
Genshagener Papier N° 21, 02/2019. (DE)

Schäfer, Isabel; Koepf, Tobias:
**Franco-German foreign policy cooperation towards the Maghreb – converging goals, diverging policies**
Genshagener Papier N° 20, 11/2017. (EN) (FR)

Delcour, Laure; Kowal, Paweł; Kunz, Barbara; Lang, Kai-Olaf; Parmentier, Florent; Szeligowski, Daniel; Tulmets, Elsa:
**(Re-)Engaging our Partners to the East: What the Weimarer Triangle should do for the Eastern Partnership**
Genshagener Papier N° 19, 11/2017. (EN)

Koopmann, Martin:
**Europa braucht Weimar. Perspektiven des Weimarer Dreiecks in Krisenzeiten**
Genshagener Papier N° 18, 07/2016. (DE) (EN)

Gustin, Philippe; Martens, Stephan:
**Deutschland und Frankreich. Der Neustart des europäischen Motors**
Genshagener Papier N° 17, 01/2016. (DE)

Bonse, Eric:
**Für eine ergebnisorientierte Politik: Handlungsoptionen der Europäischen Union in der Krise (Pour une politique axée sur les résultats : les champs d'action possibles de l'Union européenne dans la crise)**
Genshagener Papier N° 16, 09/2015. (DE) (FR)

Kunz, Barbara:
**After the end of the end of History: what Europe should learn from the Ukraine crisis for its foreign relations. Four lessons and a ceterum censeo**
Genshagener Papier N° 15, 12/2014. (EN)

Mohsen-Finan, Khadija; Schäfer, Isabel:
**Die Europäische Union und der Mittelmeeraum. Deutsch und französische Perspektiven seit den arabischen Umbrüchen (L'Union européenne et l'espace méditerranéen. Perspectives allemande et française depuis les révolutions arabes)**
Genshagener Papier N° 14, 04/2014. (FR) (DE)

Bastos, Stephen; Fischer, Severin; Gabrisch, Hubert; Kauffmann, Pascal; Koopmann, Martin; Schäfer, Isabel; Stark, Hans:
**Europa als politisches Zukunftsprojekt. Deutsch-Französische Impulse für die Erneuerung der EU (L'Europe : projet politique de l'avenir. Impulsions franco-allemandes pour un renouvellement de l'UE)**
Genshagener Papier N° 13, 02/2014. (DE) (FR)

Demesmay, Claire; Koopmann, Martin; Thorel, Julien:
**Prüfen, straffen, reformieren. Institutionen und Prozesse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Europapolitik**
Genshagener Papier N° 12, 06/2013. (DE) (FR)

Brandt, Lisa; Kunz, Barbara:
**Transatlantic Relations in a multipolar world. French and German perspectives on security and trade affairs**
Genshagener Papier N° 11, 04/2013. (EN)

Major, Claudia:
**Viele europäische Soldaten, aber keine europäische Armee**
Genshagener Papier N° 10, 12/2012. (DE)

Tran Thiet, Jean-Paul:
**Das europäische Projekt neu begründen**
Genshagener Papier N° 9, 04/2012. (DE)

Stiftung Genshagen; Institut Montaigne (Hrsg.):
**L'immigration et l'intégration en France, en Allemagne et en Europe. Une enquête d'opinion franco-allemande dans le cadre du Forum de Genshagen**
Genshagener Papier N° 8, 11/2011. (DE) (FR)

Meister, Stefan:
**Sicherheitspolitischer Neustart zwischen Russland und der EU? Das Weimarer Dreieck, Russland und die östliche Nachbarschaft der EU**
Genshagener Papier N° 7, 07/2011. (DE)

Adebahr, Cornelius:
**The Comprehensive Approach to Crisis Management in a Concerted Weimar Effort**
Genshagener Papier N° 6, 03/2011. (EN)

Lesser, Gabriele; Ostrowski, Marek; Vaissière, Jean-Louis de la:
**Das Weimarer Dreieck – Neue Impulse für Europa? (Le Triangle de Weimar – une nouvelle dynamique pour l'Europe ? Trójkąt Weimarski – nowe impulsy dla Europy?)**
Genshagener Papier N° 5, 02/2011. (DE) (FR) (PL)

Becker, Peter:
**Auf dem Weg zu einem Europäischen Hochschulraum. Szenarien für die Fortsetzung des Bologna-Prozesses**
Genshagener Papier N° 4, 01/2011. (DE)

Andoura, Sami:
**Energy Cooperation under the Aegis of the Weimar Triangle. Springboard for a Common European Energy Policy**
Genshagener Papier N° 3, 12/2010. (EN)

Ziebura, Gilbert:
**Deutschland und Frankreich in der entstehenden Weltgesellschaft**
Genshagener Papier N° 2, 03/2010. (DE)

Demesmay, Claire; Enderlein, Henrik; Évrard, Aurélien; Martens, Stephan; Oppeln, Sabine von:
**Eine neue Agenda für die deutsch-französischen Beziehungen (Un nouvel agenda pour les relations franco-allemandes)**
Genshagener Papier N° 1, 01/2010. (DE) (FR)

# Impressum

**Herausgeber**
Stiftung Genshagen
Am Schloss 1
D-14974 Genshagen

Telefon: +49(0)3378-805931
Telefax: +49(0)3378-870013

www.stiftung-genshagen.de
institut@stiftung-genshagen.de

**Lektorat**
Bettina Vestring

**Layout**
Katrin Surberg

Diese Veröffentlichung gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autor*innen wieder. Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2026

Stiftung Genshagen

**Möchten Sie die Arbeit der Stiftung Genshagen unterstützen?**
Dann werden Sie Mitglied des Fördervereins Stiftung Genshagen e. V. oder spenden Sie für eines unserer Projekte.

**Kontakt**
foerderverein@stiftung-genshagen.de

**Bankverbindung**
Förderverein Stiftung Genshagen e. V.
Postbank Berlin
IBAN: DE88 1001 0010 0823 7281 09
BIC: PBNKDEFF

www.stiftung-genshagen.de
@StiftungGenshagen
@stiftunggenshagen
@stiftunggenshagen.bsky.social
@linkedin.com/company/stiftung-genshagen

Unsere Stifter:

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

LAND BRANDENBURG

DE

Die »**Genshagener Papiere**« widmen sich europapolitischen Themen im Allgemeinen sowie der bi- und trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen.

Ziel dieser Reihe ist, die Ergebnisse der Stiftungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch das flexible Publikationsformat umfasst die Reihe ebenso an Politikfeldern orientierte wie stärker essayistisch und wissenschaftlich ausgerichtete Texte. Autor*innen sind sowohl etablierte als auch jüngere Wissenschaftler*innen, europapolitische Expert*innen und Journalist*innen. Die Genshagener Papiere erscheinen mehrmals pro Jahr, sind online zugänglich und liegen teilweise auch in gedruckter Form vor.